



Nachhaltiges Palmöl – Anspruch oder Wirklichkeit?

Potenziale und Grenzen des Roundtable on Sustainable Palm Oil (RSPO)



Vereinte Evangelische Mission
Gemeinschaft von Kirchen
in drei Erdteilen

Brot
für die Welt

Brot für die Welt –
Evangelischer
Entwicklungsdienst

Impressum

Herausgeber

Brot für die Welt - Evangelischer Entwicklungsdienst
Evangelisches Werk für Diakonie und Entwicklung
Caroline-Michaelis-Straße 1, 10115 Berlin
Tel +49 30 65211 0
Mail info@brot-fuer-die-welt.de
www.brot-fuer-die-welt.de

Vereinte Evangelische Mission
Rudolfstraße 137, 42285 Wuppertal
Tel +49 202 890040
Mail jpic@vemission.org
www.vemission.org

Autoren Ann-Kathrin Voge und
Friedel Hütz-Adams - SÜDWIND e. V.

Redaktion Carolin Callenius, Jochen Motte, Cornelia Geidel

V. i. S. d. P. Thomas Sandner

Layout Grafik-Atelier Reinhard Mang

Titelfoto Heiner Heine

Druck RetschDruck, Nagold
Gedruckt auf Recycling-Papier

Art. Nr. 129 501 710
Berlin, Mai 2014

Spenden

Brot für die Welt - Evangelischer Entwicklungsdienst
IBAN DE10 1006 1006 0500 5005 00
Bank für Kirche und Diakonie
BIC GENODED1KD

Vereinte Evangelische Mission
IBAN DE45 3506 0190 0009 0909 08
KD-Bank eG
BIC GENODED1DKD

Nachhaltiges Palmöl – Anspruch oder Wirklichkeit?

Potenziale und Grenzen des Roundtable on Sustainable Palm Oil (RSPO)

Inhalt

Vorwort	5	Kapitel 7	
Kapitel 1		Ergebnisse der Expertenumfrage: Anspruch und Wirklichkeit des RSPO	24
Einleitung	6	Kapitel 8	
Kapitel 2		Potenziale von freiwilligen Vereinbarungen	26
Der Anbau von Ölpalmen - Marktentwicklung	7	8.1 Unternehmen verlangen mehr Transparenz	26
Kapitel 3		8.2 Freiwilligkeit versus Gesetz	27
Der Aufbau des Roundtable on Sustainable Palm Oil (RSPO)	10	Kapitel 9	
3.1 Geschichte und derzeitiger Produktionsumfang	10	Fazit und Empfehlungen	28
3.2 Mitgliedschaft	10	Kapitel 10	
3.3 Organisationsstrukturen	11	Zusammenfassung	32
3.4 Handelswege	11	Literaturverzeichnis	33
3.5 Zertifizierung: Prinzipien und Kriterien	14		
3.6 Prüfung der Einhaltung der Kriterien	15		
3.7 Beschwerdeverfahren und Sanktionen	15		
Kapitel 4		Abkürzungsverzeichnis	
Probleme in der Praxis: Schwächen und Verstöße	16	ACOP Annual Communications of Progress (Jährlicher Fortschrittsbericht)	
4.1 Zu wenig Anreize für eine Umstellung auf anspruchsvollere Handelswege	16	B & C Book & Claim (Zertifikathandel über GreenPalm)	
4.2 Zertifizierung mit Lücken	17	CPO Crude Palm Oil (Rohes Palmöl)	
4.3 Keine einheitlichen und unabhängigen Audits	18	CSPO Crude Sustainable Palm Oil (Nachhaltiges rohes Palmöl)	
4.4 Beschwerdeverfahren mit hohen Hürden	18	FPIC Free Prior Informed Consent (freiwillige, informierte und vorab erfolgte Zustimmung)	
4.5 Flucht aus der Verantwortung	18	HCV High Conservation Value (Gebiete mit hohem Schutzwert)	
4.6 Belegte Mängel - begrenzte Wirkung	19	ILO International Labour Organization (Internationale Arbeitsorganisation)	
Kapitel 5		NPP New Planting Procedures (RSPO-Neuanpflanzungsverfahren)	
Marktveränderungen in der EU und Auswirkungen auf den RSPO	20	NRO(s) Nichtregierungsorganisation(en)	
5.1 Palmöl und Biokraftstoffe	20	P & C Principles & Criteria (Prinzipien und Kriterien)	
5.2 Palmöl und die Kennzeichnung von Inhaltsstoffen bei Lebensmitteln	21	RSPO Roundtable on Sustainable Palm Oil (Runder Tisch für nachhaltiges Palmöl)	
5.3 Reaktionen auf EU-Vorgaben	22		
Kapitel 6			
Andere Ansätze für Nachhaltigkeit im Palmölsektor	23		
6.1 Alternative Zertifizierungen	23		
6.2 Forum Nachhaltiges Palmöl	23		

Vorwort

Wenn Ende 2014 die EU-Verordnung in Kraft tritt, dass Palmöl in weiterverarbeiteten Nahrungsmitteln gekennzeichnet werden muss, wird die Nachfrage nach nachhaltig zertifiziertem Palmöl seitens der Industrie steigen.

Wie nachhaltig ist aber diese von der Industrie freiwillig ins Leben gerufene Initiative RSPO? Können innerhalb des RSPO Verbesserungen durchgesetzt werden oder ist es erfolgreicher, mit staatlichen Instrumenten Menschenrechtsverletzungen und dem Bruch von Umweltgesetzen entgegenzuwirken? Diesen Fragen wollen wir in der vorliegenden Broschüre nachgehen.

Partnerorganisationen von Brot für die Welt und der Vereinten Evangelischen Mission machen seit vielen Jahren auf die Zerstörung von wertvollen Ökosystemen und auf gewaltsame soziale Konflikte durch den schnell expandierenden Palmölanbau aufmerksam. Gemeinsam setzen sie sich dafür ein, dass die Rechte von Bäuerinnen und Bauern sowie Indigenen respektiert und geschützt werden.

Meist können die Betroffenen vom Staat keine Hilfe erwarten. In vielen Ländern ist die Situation geprägt von widersprüchlichen Gesetzen, überlappenden und unsicheren Landrechten, illegalen Operationen, Korruption und mangelnder Rechtssicherheit. Menschenrechtliche Verpflichtungen werden oft nur unzureichend umgesetzt oder entfalten vor Ort keine Wirkung. Vor diesem Hintergrund sehen viele einen Ausweg darin, die Situation der Betroffenen über Vereinbarungen mit den Plantagenbetreibern und freiwillige Selbstverpflichtungen der Industrie zu verbessern.

Die größte Initiative im Palmölsektor stellt der „Runde Tisch für Nachhaltiges Palmöl“ (Roundtable on Sustainable Palmoil - RSPO) dar. Diese freiwillige Initiative von Industrie und Zivilgesellschaft wurde 2004 gegründet mit dem Ziel, eine Zertifizierung von nachhaltig produziertem Palmöl zu ermöglichen und zu fördern. Während in den Medien meist die Schwachstellen von RSPO dargestellt werden, setzen staatliche Stellen vermehrt auf die Partnerschaft mit der Industrie.

In der vorliegenden Studie wollen wir einen Überblick über Anspruch und Wirklichkeit des RSPO geben. Die Autoren Friedel Hütz-Adams und Ann-Kathrin Voge erläutern hierin den Aufbau und die Funktionsweise des RSPO und untersuchen die Potenziale als auch die Lücken der Zertifizierungskriterien und Prinzipien für die Produktion von nachhaltigem Palmöl.

Hierzu wurden zahlreiche Studien ausgewertet und 16 Personen aus Unternehmen und Nichtregierungs-

organisationen um eine Einschätzung der Entwicklungen auf dem Palmölmarkt gebeten. Diese sind sich einig, dass durch RSPO Verbesserungen möglich sind. Aber sie sind auch ernüchtert darüber, dass der RSPO viele der versprochenen Leistungen nicht erbracht hat. So zeigt die Studie, dass ein Teil der Missstände alleine durch eine freiwillige Einführung von Standards nicht zu beheben ist, sondern dass die Regierungen der Anbauländer bestehende Gesetze umsetzen müssen und Unternehmen Schranken aufzeigen sollten.

Brot für die Welt und die Vereinte Evangelische Mission sind der Ansicht, dass ein Zertifizierungssystem, das seinen Kunden Nachhaltigkeit verspricht, deutlich strengere Kriterien und Kontrollen benötigt. Die evangelischen Werke sehen ihre Rolle darin, bei der Stärkung der Zivilgesellschaft mitzuwirken. Als „Watch Dog“ machen sie auf Regierungsversagen und Menschenrechtsverletzungen durch Plantagenbetreiber aufmerksam und setzen sich aktiv für die Rechte der lokalen Bevölkerung ein.

Darüber hinaus werden die Werke auch weiterhin die Auswirkungen der steigenden Nachfrage in Europa kritisch begleiten und Konsumenten von Palmöl über Folgen von Palmölanbau in den Erzeugerländern informieren. Denn die zunehmende Verwertung als Rohstoff für die Chemieindustrie und als Agrarkraftstoff treibt den Ausbau der Plantagen weiter voran - auf Kosten der Umwelt und der lokalen Siedlerinnen und Siedler.

DR. KLAUS SEITZ

Leiter der Abteilung Politik

Brot für die Welt - Evangelischer Entwicklungsdienst

DR. JOCHEN MOTTE

Leiter der Abteilung Gerechtigkeit,

Frieden und Bewahrung der Schöpfung

Vereinte Evangelische Mission

Kapitel 1

Einleitung

„Den Palmölmarkt komplett nachhaltig zu machen ist möglich, aber nur im Laufe der Zeit und mit ausreichendem Engagement. Der RSPO ist bei der Umsetzung der Prinzipien und Kriterien abhängig vom guten Willen der Unternehmen und der lokalen Regierungsbehörden. Es gab eine Reihe von Fällen, in denen Mitglieder die Vorgaben nicht eingehalten haben. (...) Mitgliedsorganisationen, die die Prinzipien und Kriterien nicht einhalten, können mitten in einem Beschwerdeverfahren aus dem RSPO austreten und sich dadurch den Regeln des RSPO entziehen. Der RSPO überwacht die Aktivitäten seiner Mitglieder, [aber] er kann sie nicht zur Einhaltung der Vorgaben zwingen.“ Antwort des RSPO auf Kritik ¹

Weltweit steigt die Nachfrage nach Palmöl als Pflanzenöl für die menschliche Ernährung, für die Verwendung als Kraftstoff und als Rohstoff für die chemische Industrie. Der weltweit steigende Verbrauch führt zu einer kontinuierlichen Ausdehnung der Anbauflächen. Eine Vielzahl von Berichten und Studien belegen die damit verbundene Abholzung von Regenwäldern und die Vertreibung oder unzureichende Entschädigung der dort lebenden Menschen. Darüber hinaus entsprechen häufig die Arbeitsverhältnisse auf den Plantagen weder internationalen Standards, noch der lokalen Gesetzgebung. Der Anbau der Ölpalmen in Monokulturen auf großen Flächen sei, so viele Kritiker, nachhaltig überhaupt nicht möglich, zumal eine Mischkultur mit anderen Pflanzen nahezu nirgendwo betrieben wird. Partnerorganisationen von Brot für die Welt und der Vereinten Evangelischen Mission machen seit vielen Jahren auf diese Probleme aufmerksam. Dennoch werden die Plantagen weiter ausgebaut, vor allem in Indonesien und Malaysia, zunehmend jedoch auch in Afrika, Zentral- und Südamerika sowie in Papua-Neuguinea.

Als Reaktion auf die sozialen und ökologischen Probleme in den Produktionsländern wurde im Jahr 2004 der Roundtable on Sustainable Palm Oil (RSPO) gegründet. Die freiwillige Initiative von Industrie und Zivilgesellschaft hat das Ziel, die Produktion und die Verwendung von nachhaltigem Palmöl zu fördern. Um dies zu gewährleisten wurde ein umfassender Kriterienkatalog entwickelt, der von allen Mitgliedsunternehmen umgesetzt und dessen Einhaltung unabhängig überwacht werden soll. Die Einhaltung dieser Kriterien

würde deutliche Verbesserungen im Palmölsektor bedeuten. Es gibt jedoch immer wieder Vorwürfe, dass Mitglieder des RSPO die Kriterien selbst nicht einhalten. Dies führt zu der Frage, wie der RSPO bewertet werden soll. Einerseits könnte der RSPO ein Ansatz sein, Verbesserungen durchzusetzen, andererseits könnte es - angesichts der massiven Probleme des RSPO bei der Durchsetzung der eigenen Standards - sinnvoller sein, auf anderem Weg Menschenrechtsverletzungen und dem Bruch von Umweltgesetzen entgegenzuwirken.

Um eine Basis für diese Diskussion zu schaffen, werden vor dem Hintergrund der Entwicklungen auf dem Weltmarkt Funktionsweise und Wirkungen sowie Schwächen des RSPO dargelegt. Darüber hinaus wurden verschiedene Stakeholder um eine Einschätzung zur Wirkung des RSPO gebeten. Auf dieser Grundlage werden Empfehlungen für den weiteren Umgang mit dem Palmölsektor ausgesprochen.

¹ – Zitiert nach: The Guardian, 6.11.2013 (eigene Übersetzung).

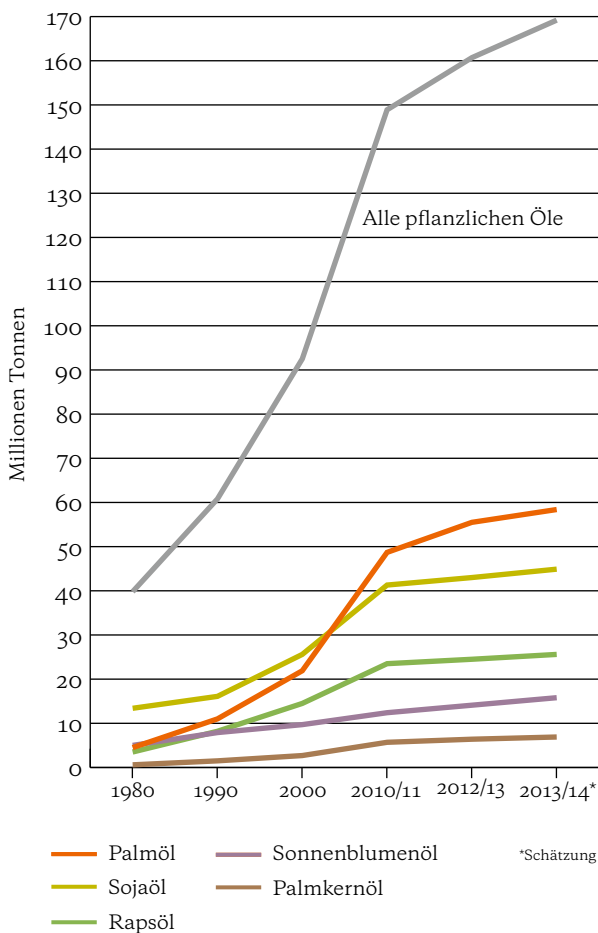
Kapitel 2

Der Anbau von Ölpalmen – Marktentwicklung

Der Markt für Pflanzenöl aus Ölpalmfrüchten ist in den letzten Jahren massiv gewachsen. Palmöl und Palmkernöl machen zusammen mittlerweile rund 39 Prozent der weltweiten Ölproduktion aus. Allen verfügbaren Prognosen zufolge wird der Verbrauch von Palmöl in den nächsten Jahren weiterhin massiv steigen, weshalb eine Zunahme der sozialen und ökologischen Konflikte durch die weltweite Ausweitung der Produktionsflächen zu erwarten ist.

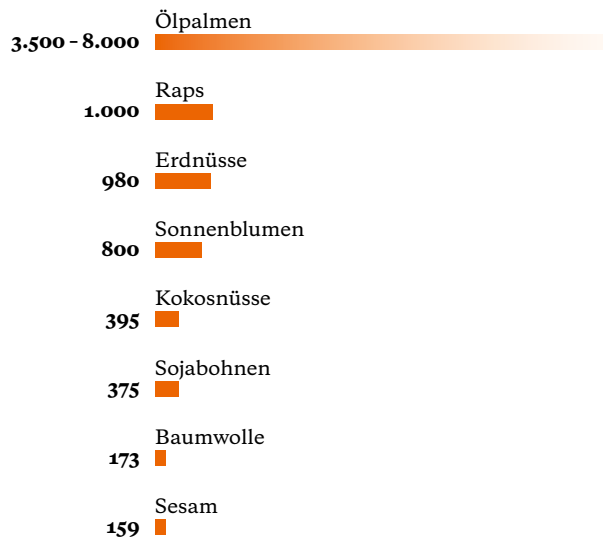
Ölpalmen sind sehr ertragreich: Der Anbau von Soja erzeugt 0,35 Tonnen Öl pro Hektar, der von Raps rund eine Tonne, bei Palmöl sind es dagegen 3,5 Tonnen pro Hektar. Bei gut gepflegten Plantagen ist das Potenzial sogar noch wesentlich höher. Angesichts immer knapper werdender Flächen könnte somit ein Anbau von Ölpalmen indirekt positive Effekte auf die zukünftige Nahrungsmittelversorgung haben, da der Flächenbedarf geringer ist als bei Konkurrenzprodukten. Die Bedeutung des Flächenbedarfes einer Nutzpflanze wird immer wichtiger werden, da durch Erosion, Flächenverbrauch für Siedlungen und Industrie sowie durch den Klimawandel die landwirtschaftlich nutzbaren Flächen knapper werden, wobei es regional sehr unterschiedliche Entwicklungen geben wird. Gleichzeitig wird die Weltbevölkerung weiter anwachsen, sodass auf weniger landwirtschaftlich nutzbarer Fläche in Zukunft mehr Nahrung erzeugt werden muss. Nutzpflanzen, die einen hohen Ertrag pro Fläche erzeugen, werden daher für die zukünftige Ernährung der Weltbevölkerung immer wichtiger werden. Zugleich – das zeigt unter anderem die Ölpalme – bergen Monokulturen über große Flächen enorme ökologische Risiken. Der Anbau von Feldfrüchten in Mischkultur mit anderen Nahrungspflanzen kann dagegen die lokale Ernährungs-sicherung verbessern und eventuell einen ebenso hohen Flächenertrag aus verschiedenen Produkten erbringen.

Produktion pflanzlicher Öle, 1980 - 2014
(in Millionen Tonnen)



Quellen: Teoh 2010: 7; USDA 2014: 6

Ölproduktion: Durchschnittlicher Ertrag
(in Kilogramm pro Hektar)



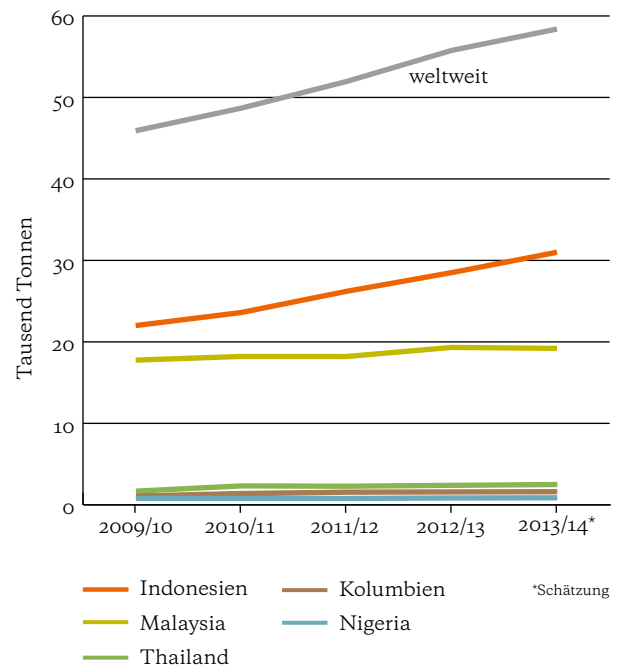
Quellen: CIFOR 2009: 11; USDA 2009

Derzeit gibt es eine starke Konzentration der Palmölproduktion auf nur wenige Länder und auf einige große Unternehmen. In Malaysia und Indonesien werden rund 86 Prozent der weltweiten Erntemenge angebaut.

Die beiden Länder Malaysia und Indonesien dominieren demnach auch den Handel auf dem Weltmarkt. Sie liefern rund 90 Prozent des international gehandelten Palmölvolumens. Auffallend ist, dass der größte Teil des Produktions- und Exportzuwachses in Indonesien zu verzeichnen war. Prognosen zufolge wird der Anbau in den nächsten Jahren vor allem im afrikanischen Tropengürtel ausgebaut werden - mit allen damit zusammenhängenden Problemen.

Ein großer Teil dieser Exporte geht in Entwicklungs- und Schwellenländer mit Indien (21,1 Prozent) und China (15,5 Prozent) als den beiden größten Abnehmerstaaten. An dritter Stelle steht bereits die Europäische Union (13,6 Prozent). Die höchsten Zuwächse bei der Importmenge hatte in den vergangenen zehn Jahren Indien, gefolgt von China, der EU und Pakistan. Abzuwarten bleibt, wie sich der Markt weiterentwickeln wird. Zuletzt sanken die Importe der EU, und die Einfuhren nach China stagnierten.

Palmöl: Erzeugung in 1.000 Tonnen



Quelle: USDA 2014: 14

Palmöl: Export in 1.000 Tonnen

	1982-84	1992-94	2003/04	2010/11	2011/12	2012/13	2013/14 ¹
Weltweit	4.536	10.113	21.610	36.854	39.024	42.530	43.269
Indonesien	435	1.815	7.856	16.423	18.452	20.300	21.300
Malaysia	2.981	6.291	11.602	16.596	16.600	18.000	17.500
Papua-Neuguinea	k. A.	k. A.	k. A.	577	587	620	640
Thailand	k. A.	k. A.	k. A.	382	290	420	520

Quellen: Toepfer 2009: 36; USDA 2010a, 2010b, 2014: jeweils S. 14

¹ Schätzung

Palmöl: Import in 1.000 Tonnen

	1982-84	1992-94	2003/04	2010/11	2011/12	2012/13	2013/14 ¹
Weltweit	4.336	9.489	21.733	36.297	38.825	41.712	42.596
Indien	628	237	3.486	6.661	7.473	8.307	9.000
China	32	1.296	3.710	5.711	5.841	6.589	6.600
EU	840*	1.668**	3.371	4.944	5.708	6.300	5.800
Pakistan	381	1.051	1.297	2.064	2.218	2.200	2.450
Malaysia	k. A.	k. A.	k. A.	1.593	1.850	1.645	1.675
USA	k. A.	k. A.	k. A.	980	1.032	1.285	1.300
Ägypten	k. A.	k. A.	k. A.	1.277	1.204	975	1.225
Bangladesch	k. A.	k. A.	k. A.	996	984	1.050	1.100
Singapur	k. A.	k. A.	k. A.	656	854	750	850
Iran	k. A.	k. A.	k. A.	634	610	730	740
Andere	k. A.	k. A.	k. A.	10.781	11.051	11.881	11.856

Quellen: Töpfer 2009: 38; USDA 2010b, USDA 2014: jeweils S. 14

¹ Schätzung; *damals 10 EU-Mitgliedsländer und **15 EU-Mitgliedsländer

Das Wachstum auf dem Palmölmarkt wurde allerdings nicht nur durch die Exporte getrieben, sondern auch durch den steigenden Konsum in den Anbauländern selbst. Auch in Indonesien ist der Verbrauch in den

letzten Jahren stark gestiegen. Asien ist die Region mit dem höchsten Verbrauch von Palmöl und muss daher in Lösungsstrategien für mehr Nachhaltigkeit einbezogen werden.

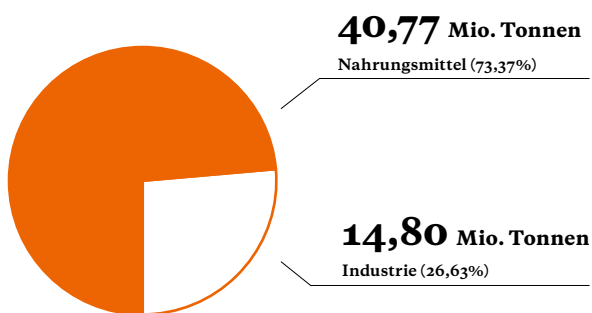
Palmöl: Konsum in 1.000 Tonnen

	2009/10	2010/11	2011/12	2012/13	2013/14 ¹
Weltweit	45.131	47.909	51.035	54.512	56.536
Indien	6.440	7.080	7.425	8.425	9.144
Indonesien	5.494	6.414	7.129	7.815	8.501
China	5.930	5.797	5.841	6.389	6.579
EU	5.220	4.919	5.630	5.975	5.755
Malaysia	3.103	3.220	3.290	3.200	3.160
Pakistan	1.957	2.077	2.110	2.215	2.405
Thailand	1.255	1.457	1.563	1.603	1.610
Nigeria	1.252	1.267	1.285	1.375	1.405
USA	957	957	1.043	1.230	1.293
Ägypten	1.080	1.180	1.185	1.170	1.190
Bangladesch	921	980	1.030	1.059	1.100

Quelle: USDA 2014: 14

¹ Schätzung

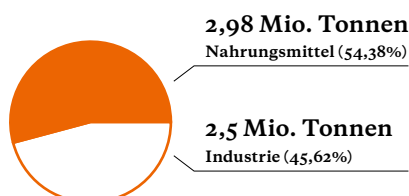
Palmöl: Weltweiter Verbrauch 2013/2014



Quelle: USDA 2014: Tabelle 19, S. 22

Die weltweit wichtigste Verwendung von Palmöl ist weiterhin als Nahrungsmittel (73,37 Prozent), aber der Anteil des industriellen Bedarfs steigt beachtlich: 2013/14 liegt er bei rund 27 Prozent. In der EU ist der Anteil des für chemische und technische Prozesse verwendeten Palmöls mit 46 Prozent im Vergleich zu anderen Ländern sehr hoch. In Indien wird das Öl nahezu ausschließlich für die Nahrungsmittelversorgung genutzt (USDA 2014: 22, 29, 31). Allerdings zeichnen sich mit der wachsenden Verwendung als Agrarkraftstoff derzeit Verschiebungen ab. 2012 betrug der Anteil der energetischen Nutzung für Strom, Wärme und Kraftstoffe weltweit 5 Prozent (FNR 2013a). In der EU hat sich der Anteil jedoch von 2006 bis 2012 vervielfacht, sodass 2012 bereits 29,3 Prozent der Palmölimporte zur Erzeugung von Biodiesel genutzt wurden (IISD 2013: 8). Palmkernöl wird fast ausschließlich in der Industrie verwendet (Hütz-Adams 2012: 15-16).

Europaweiter Verbrauch 2013/2014



Quelle: USDA 2014: Tabelle 26, S. 29

Kapitel 3

Der Aufbau des Roundtable on Sustainable Palm Oil (RSPO)

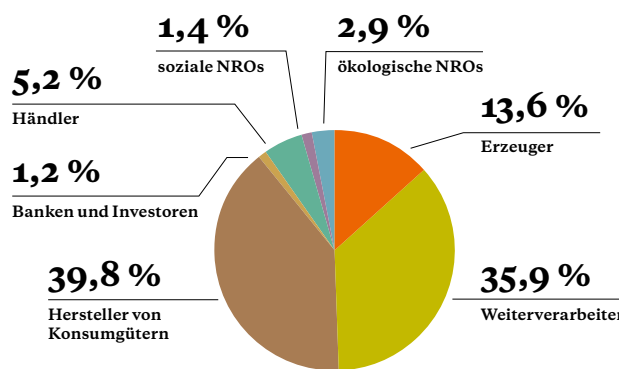
Der massive Ausbau der weltweiten Palmölproduktion innerhalb der letzten Jahrzehnte ging mit gravierenden sozialen und ökologischen Problemen in den Produktionsländern einher. Aus dem daraus resultierenden Bedürfnis, die wirtschaftlichen Entwicklungen der Palmölproduktion nachhaltiger zu gestalten, ging vor zehn Jahren der RSPO als eine Multistakeholder-Initiative hervor.

Mitglieder und 101 sogenannte assoziierte Mitglieder (siehe Kapitel 3.3). Neben den großen Konzernen der Lebensmittelindustrie wie Unilever, Ferrero, Procter & Gamble und Nestlé finden sich auch NROs wie WWF, Solidaridad und Oxfam, sie stellen jedoch nur einen kleinen Teil der Mitglieder (www.rspo.org).

3.1 Geschichte und derzeitiger Produktionsumfang

Auf Initiative des World Wildlife Fund (WWF) wurde der Roundtable on Sustainable Palm Oil (RSPO) 2004 gemeinsam mit Vertretern der Industrie gegründet. Er ist ein freiwilliger Zusammenschluss mit dem Ziel, die Erzeugung und Weiterverarbeitung von nachhaltigem Palmöl zu fördern und eine Vermarktung unter einem eigenen Zertifikat zu ermöglichen. Im Juli 2013 war bereits eine Anbaufläche von 1,8 Millionen Hektar zertifiziert. Rechnet man aber auch Brachen, Infrastruktur und Neuanlagen dazu, dann hat die zertifizierte Fläche eine Gesamtausdehnung von 2,4 Millionen Hektar. Auf dieser Fläche können bis zu 9 Millionen Tonnen Palmöl (ohne Palmkernöl) und damit rund 15 Prozent der weltweit verfügbaren Menge geerntet werden. Von der zertifizierten Ware kommen 92 Prozent aus Indonesien und Malaysia, was noch über dem Anteil der beiden Länder an der Gesamtproduktion von Palmöl liegt (RSPO 2013b, 2013c).

Mitgliederstruktur des RSPO (in Prozent)



Quelle: RSPO <http://www.rspo.org/en/member/listing/category>, Zugriff am 22.01.14

3.2 Mitgliedschaft

Der RSPO vereint Akteure aus sieben Bereichen rund um das Palmöl (www.rspo.org):

1. Palmöl-Erzeuger
2. Weiterverarbeiter und Händler
3. Hersteller von Konsumgütern
4. Einzelhandel
5. Banken und Investoren
6. ökologisch orientierte Nichtregierungsorganisationen
7. sozial orientierte Nichtregierungsorganisationen

Im Januar 2014 hatte der RSPO 1439 Mitglieder, davon 911 ordentliche Mitglieder, 427 sogenannte Lieferketten-

Die RSPO-Mitglieder kommen aus vielen verschiedenen Ländern. Aus Deutschland sind es 190 (Stand Januar 2014) - die höchste Zahl für ein einzelnes Land (www.rspo.org). Deutsche Firmen führen auch bei den Lizenzen: Im Januar 2014 hatten 20 Unternehmen eine Lizenz zur Verwendung des Siegels (RSPO 2013b; RSPO 2013c). Die Mitglieder verpflichten sich, die RSPO-Prinzipien einzuhalten und dies durch Kontrollen nachzuweisen. Jedoch muss das Unternehmen nicht schon ab Beginn seiner Mitgliedschaft ausschließlich zertifiziertes Palmöl produzieren, sondern kann seine Produktion nach einem festgelegten Zeitplan schrittweise auf 100 Prozent umstellen. Während der Übergangszeit kann nur die Menge Palmöl als zertifiziert verkauft werden, die auf den zertifizierten Plantagen erzeugt wurde (www.rspo.org). Im Juli 2013 galten 44 von 126 Palmölproduzenten, die Mitglied sind, als zertifiziert (RSPO 2013b).

Die Verpflichtung, dass die Mitglieder innerhalb eines festgelegten Zeitplanes ihre kompletten Plantagenflächen zertifizieren lassen müssen, anstatt nur die besten Plantagen zu zertifizieren, ist für Nachhaltigkeitsstandards ungewöhnlich. Nach dieser sogenannten „anti-flagship-clause“ ist es also nicht möglich, die schwierigen Fälle auszuklammern und dauerhaft nur einen Teil der Produktion nachhaltig zu erzeugen und zu zertifizieren.

Auch für noch nicht zertifizierte Plantagen gibt es von Anfang an Vorschriften: Gesetzesverstöße, Landkonflikte ohne Mediationsverfahren oder Rodungen von Primärwald (seit 2005) auf den noch nicht zertifizierten Flächen schließen eine Zertifizierung anderer Plantagenflächen des Unternehmens aus (www.rspo.org). Nicht berücksichtigt sind hierbei allerdings Tochterunternehmen. Daher ist es derzeit möglich, dass Tochterunternehmen eines zertifizierten Unternehmens dauerhaft keine Zertifizierung ihrer Plantagen anstreben.

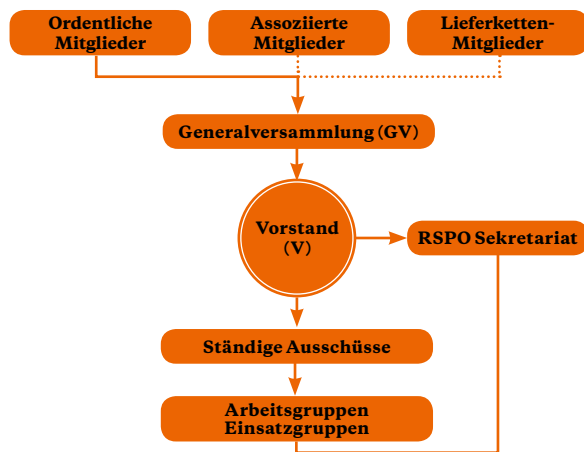
3.3 Organisationsstrukturen

Im RSPO gibt es drei unterschiedliche Arten der Mitgliedschaft. Ordentliche Mitglieder werden je einem der sieben oben genannten Mitglieder-Bereiche zugeordnet, auch wenn sie in mehreren aktiv sein sollten. Assoziierte Mitglieder sind nicht Teil der sieben Bereiche, sondern als Sponsor, Entwicklungs- oder Forschungsinstitution interessiert an den Zielen und Aktivitäten des RSPO. Sie können die Entwicklungen auf Mitgliederversammlungen mitverfolgen, ohne ein Stimmrecht zu haben (RSPO 2012d, RSPO ohne Datum). Drittens besteht die Möglichkeit, Lieferketten-Mitglied des RSPO zu werden. Diese Mitglieder sind Unternehmen, die weniger als 500 Tonnen Palmöl oder Palmölderivate im Jahr verarbeiten (www.rspo.org).

Alle Mitglieder sind Teil der Generalversammlung, der ein Vorstand vorsteht. Der Vorstand besteht aus 16 Personen, die die sieben Bereiche mit je zwei Personen vertreten. Nur der Bereich der Palmölerzeuger ist mit vier Personen vertreten. Hierbei handelt es sich um je eine Person aus Indonesien und Malaysia, eine für die Gruppe der Kleinproduzenten und eine für die restlichen Erzeuger. Jährlich wird die Hälfte der Vorstandsmitglieder neu gewählt, dafür kann sich jedes ordentliche RSPO-Mitglied aufstellen lassen. Aktuell werden die sieben Bereiche vertreten von: MPOA, Indonesian Growers, NBPOL und FELDA (Erzeuger), Unilever und Kraft Foods (Hersteller von Konsumgütern), RPOG und Carrefour (Einzelhandel), AAK und IOI (Weiterverarbeiter und Händler), Rabobank und HSBC (Banken und Investoren), WWF und Conservation International (Umweltschutzorganisationen), sowie Oxfam und Both Ends (Nichtregierungsorganisationen mit sozialer Ausrichtung). Als Präsident des RSPO ist Jan Kees Vis von Unilever tätig (www.rspo.org).

Das Sekretariat des RSPO ist in Kuala Lumpur, Malaysia, und bildet mit Darrel Webber als Generalsekretär die Administration. Ein Außenbüro in Jakarta, Indonesien, unterstützt seine Arbeit. Der größte Teil der Mitarbeitenden stammt aus Malaysia und Indonesien (www.rspo.org). Neben Vorstand und Sekretariat gibt es Komitees und Arbeitsgruppen zu verschiedenen Themenbereichen wie zum Beispiel Kleinproduzenten, Nachverfolgbarkeit oder klimarelevante Gase.

Struktur des RSPO



Quelle: RSPO 2012b

3.4 Handelswege

Im Rahmen des RSPO gibt es verschiedene Möglichkeiten für Produzenten, ihre Ware auf den Markt zu bringen:

- Getrennter Handelsweg
 - Segregation
 - Identity Preserved (IP)
- Massenbilanzierung
- Zertifikatehandel über das Book & Claim-System

Der anspruchsvollste Ansatz innerhalb des RSPO ist ein getrennter Handelsweg. Nach diesem System müssen Rohstoffströme von RSPO-zertifiziertem und konventionellem Palmöl von der Plantage bis zum Endprodukt von allen Verarbeitern und Händlern physisch getrennt verarbeitet und verkauft werden. Die Produzenten und Verarbeiter müssen sicherstellen, dass die Stoffströme nachweislich nicht in Kontakt kommen. Die Bezeichnung für diesen Handelsweg lautet Segregation.

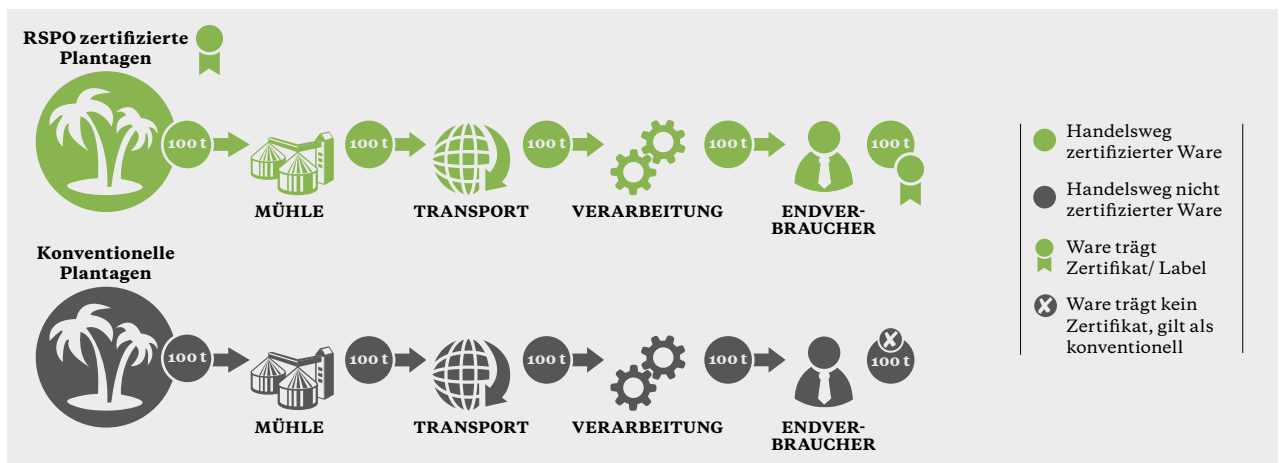


Zusätzlich kann das Palmöl auch separiert von anderem zertifiziertem, segregiertem Palmöl gehandelt werden, sodass bis zum Endprodukt noch identifizierbar ist, von welcher Plantage das Öl stammt.

Dieser Handelsweg wird Identity Preserved genannt (siehe Grafik).

Wird segregiertes Palmöl verwendet, darf das Produkt mit der Bezeichnung „Dieses Produkt enthält zertifiziertes, nachhaltiges Palmöl“ und dem RSPO-Warenzeichen gekennzeichnet werden (RSPO 2011b).

Handelsweg Segregation / Identity Preserved

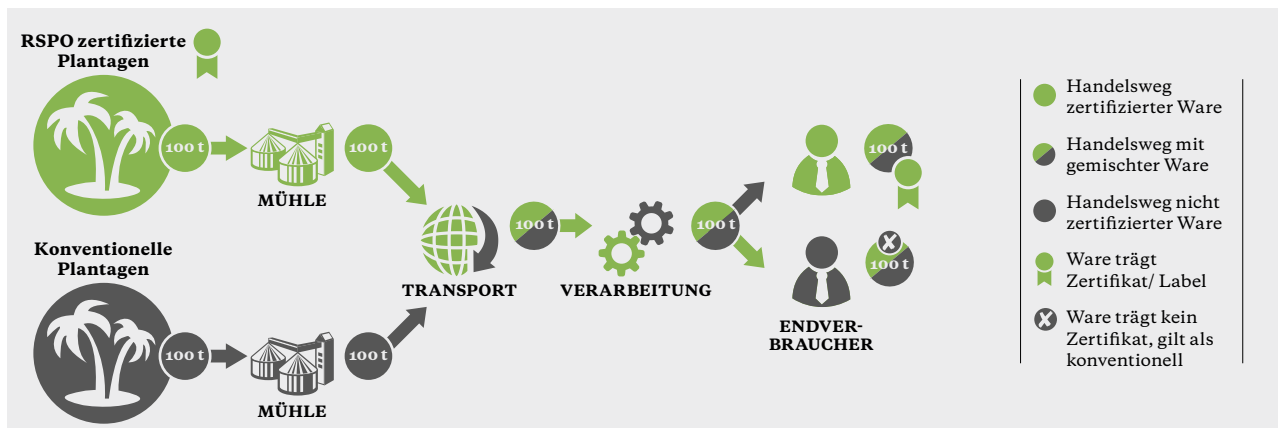


Quelle: Eigene Darstellung in Anlehnung an RSPO 2008

Andererseits ist es möglich, eine Mischung von zertifiziertem und nicht zertifiziertem Palmöl unter einer sogenannten Massenbilanz zu verkaufen. Dabei wird kontrolliert, wie groß der Anteil zertifizierter Ware ist und sichergestellt, dass nicht mehr vom Endprodukt als zertifiziert ausgezeichnet wird, als vor der Vermischung aus Zertifizierung eingebracht wurde (siehe Grafik). Wenn beispielsweise 30 Prozent der Rohstoffmenge zertifiziert waren, dürfen auch 30 Prozent des fertigen

Produktes als zertifiziert vertrieben werden. Das Endprodukt nach der Mischung muss jedoch rein physisch kein Palmöl enthalten, das unter RSPO-Zertifizierung angebaut und verarbeitet wurde. Produkte mit Palmöl aus Massenbilanz dürfen mit dem Satz „Trägt zur Herstellung von zertifiziertem nachhaltigem Palmöl bei“ und dem RSPO-Warenzeichen mit dem zusätzlichen Etikett „GEMISCHT“ gekennzeichnet werden (RSPO 2011b).

Handelsweg Massenbilanz



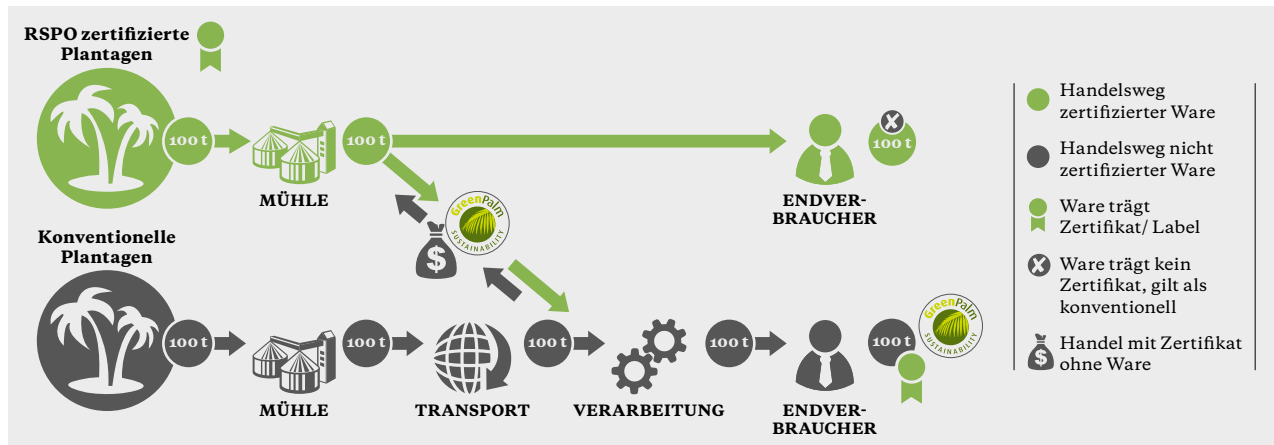
Quelle: Eigene Darstellung in Anlehnung an RSPO 2008



Alternativ wurde mit GreenPalm eine Handelsplattform geschaffen, auf der Zertifikate als weitere Möglichkeit nach einem Book & Claim-System (B & C) gehandelt werden können. Dafür bieten Palmölproduzenten pro Tonne zertifiziertem Palmöl, die sie produziert, aber konventionell verkauft haben, ein Zertifikat auf der Plattform zum Verkauf an. Verarbeiter von Palmöl und Verkäufer von palmöhlhaltigen Produkten, die nicht zertifiziertes Palmöl gekauft haben, können sich auf dieser Plattform als Mitglied registrieren und so viele Zertifikate erwerben, wie sie benötigen (siehe Grafik). Alle Produkte, die sie auf diesem Wege mit einer Zertifizierung ausgestattet haben, dürfen sie mit dem

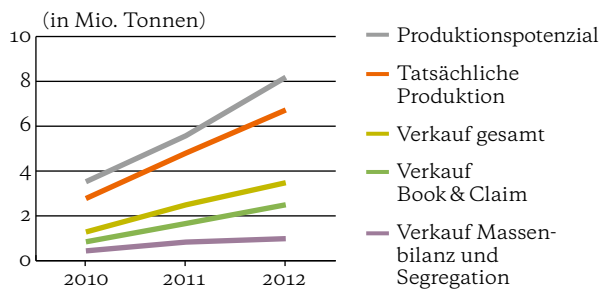
Zusatz „Träger zur Herstellung von zertifiziertem nachhaltigem Palmöl bei“ und dem GreenPalm-Warenzeichen vertreiben, jedoch nicht mit dem RSPO-Warenzeichen (RSPO 2011b). Durch das Book & Claim-System ist es nicht RSPO-zertifizierten Unternehmen möglich, flexibel nach Bedarf Zertifikate zu erwerben und so ihr konventionell hergestelltes Palmöl zertifiziert zu verkaufen. Das System funktioniert demnach mit einer völligen physischen Trennung von RSPO-Zertifikat und nach RSPO-Kriterien angebautem Palmöl. Um abzusichern, dass nicht mehr Zertifikate verkauft werden, als erlaubt, wird die RSPO-zertifizierte Produktionskapazität jedes bei GreenPalm registrierten Produzenten erfasst und die Verkaufszahlen damit abgeglichen (<http://greenpalm.org/>).

Handelsweg Book & Claim



Quelle: Eigene Darstellung in Anlehnung an RSPO 2008

Produktion und Vertrieb von zertifiziertem Palmöl



	2010	2011	2012
Anteil Book & Claim am Verkauf von zertifiziertem Palmöl	65,77 %	66,63 %	71,72 %
Anteil Verkauf von zertifiziertem Palmöl an Produktion	46,19 %	51,90 %	51,74 %

Quelle: RSPO 2013b

Das meiste RSPO-zertifizierte Palmöl wird über dieses Verfahren gehandelt: Im Jahr 2012 wurden knapp 2,5 Millionen Tonnen CPO (crude palm oil) über B & C gehandelt, während nur circa eine Million Tonnen (28,28 Prozent) durch Segregation und Massenbilanz verkauft wurden, wobei Segregation den kleineren Teil ausmachte.

GreenPalm ist eine Handelsmarke von Book & Claim Limited, einer in Großbritannien registrierten Tochterfirma des Palmölverarbeiters und RSPO-Mitglieds Aarhus-Karlshamn UK Ltd., der nach Angaben von GreenPalm der größte Palmölimporteur des Landes ist (<http://greenpalm.org/>). Hauptanbieter von B & C über die Plattform GreenPalm sind Sime Darby und Wilmar International, die 2012 Mengen von 926.397 (Sime Darby) und 200.000 (Wilmar) Zertifikate beziehungsweise Tonnen CSPO (crude sustainable palm oil) gehandelt haben. Anfang November 2013 kostete eine Zertifizierung für eine Tonne CSPO einen Aufpreis von 2,80 US-Dollar (<http://greenpalm.org/>). Das sind nur ca. 0,35 Prozent des Weltmarktpreises für CPO (circa

800 US-Dollar am 7.11.13), was für Unternehmen in der Preiskalkulation also keinen Unterschied macht.

Trotz der sehr unterschiedlichen Handelswege, die den Kauf von zertifiziertem Palmöl relativ einfach und preiswert machen, wurden 2012 nur rund 3,5 Millionen Tonnen der 6,7 Millionen Tonnen zertifizierter Ware verkauft, also knapp mehr als die Hälfte.

3.5 Zertifizierung: Prinzipien und Kriterien

Die Regeln, die die Mitglieder befolgen müssen, sind in den Prinzipien und Kriterien des RSPO zusammengefasst, die 2007 erstellt und 2013 überarbeitet worden sind. Diese Regeln sind an nationale Gesetze und Umstände wie lokale Mindestlöhne anzupassen und können daher in den Details von Land zu Land variieren. Um Mitglied im RSPO zu werden, müssen Erzeuger, Verarbeiter und Händler von Palmöl folgende acht Prinzipien erfüllen (RSPO 2012b):

1. Verpflichtung zur Transparenz
2. Befolgung der geltenden Gesetze und Vorschriften
3. Verpflichtung zu langfristiger wirtschaftlicher und finanzieller Rentabilität
4. Anwendung geeigneter, bewährter Praktiken durch Plantagen und Mühlen
5. Verantwortung für die Umwelt und Erhaltung der natürlichen Ressourcen sowie der biologischen Vielfalt
6. Verantwortungsvolle Berücksichtigung von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern sowie von Individuen und Gemeinschaften, die von Plantagen und Mühlen beeinträchtigt werden
7. Verantwortungsvolle Entwicklung von Neupflanzungen
8. Verpflichtung zu kontinuierlicher Verbesserung in Schlüsselbereichen der Tätigkeit

Jedes Prinzip besteht aus mehreren Kriterien und diese wiederum aus einem oder mehreren Indikatoren, die bei der Zertifizierung einer Plantage oder Mühle und bei späteren Kontrollen geprüft werden. Insgesamt gibt es 43 Kriterien mit 138 Indikatoren für die acht Prinzipien, sowie Anleitungen zur Auslegung einiger Indikatoren. Im November 2013 wurden 69 Indikatoren zu Hauptindikatoren (major indicators) benannt (RSPO 2013a).

Die Formulierung der Prinzipien ist sehr allgemein gehalten, während die Kriterien und Indikatoren ins Detail

gehen. Trotzdem sind die dortigen Vorgaben an manchen Stellen nicht strikt und präzise genug formuliert.

Die Kriterien enthalten ein weites Spektrum von Pflichten, das von Informationspflichten gegenüber relevanten Stakeholdern (Kriterium 1.1), der Veröffentlichung einiger wichtiger Dokumente (1.2), der Einhaltung der ILO-Kernarbeitsnormen (6.6-12, siehe Kasten) und der freiwilligen, informierten und vorab erfolgten Zustimmung (free prior informed consent, FPIC) der betroffenen lokalen Bevölkerung (2.3, 7.5-6), bis zu ökologischen Kriterien wie der Minimierung von Erosion und Bodendegradierung (4.3), dem Verbot der Rodung mit Feuer (5.5. und 7.7.) und von Primärwald sowie Gebieten mit hohem Schutzwert (high conservation value, HCV) seit 2005 (7.3) reicht.

Damit ergeben die RSPO-Kriterien und Indikatoren ein breit angelegtes Gerüst, das in einigen Fällen sogar deutlich weiter geht, als dies bei anderen Nachhaltigkeitsstandards der Fall ist. Als Beispiele sind hier die Verpflichtung zur Einholung der freiwilligen, informierten und vorab erfolgten Zustimmung (FPIC) der betroffenen Bevölkerung oder das innerhalb des RSPO aufgebaute Beschwerdeverfahren zu nennen, das betroffene Gruppen nutzen können (zu den verschiedenen Instanzen der Verfahren siehe Kapitel 3.7). In anderen Bereichen lassen die Anforderungen jedoch noch zu Wünschen übrig. Beispiele hierfür folgen in Kapitel 4.

Die ILO-Kernarbeitsnormen

Die Internationale Arbeitsorganisation (International Labour Organization - ILO) ist eine Sonderorganisation der Vereinten Nationen, die Konventionen erarbeitet, mit denen die Rechte von Beschäftigten geschützt werden sollen. Die Kernarbeitsnormen bilden einen Mindeststandard, der weltweit für alle Mitgliedsländer der ILO verbindlich ist. Die Einhaltung ist Teil der RSPO-Kriterien (Auswahl einiger Normen):

- C 87 Vereinigungsfreiheit und Schutz des Vereinigungsrechtes, 1948
- C 98 Vereinigungsrecht und Recht zu Kollektivverhandlungen, 1949
- C 100 Gleichheit des Entgelts, 1951
- C 105 Abschaffung der Zwangsarbeit, 1957
- C 111 Diskriminierung (Beschäftigung und Beruf), 1958
- C 138 Mindestalter für Beschäftigung, 1973
- C 182 Verbot der schlimmsten Formen der Kinderarbeit, 1999

Seit Anfang 2010 müssen bei der Anlage neuer Plantagen die „New Planting Procedures“ (NPP) des RSPO eingehalten werden. Diese schreiben einen Prozess vor, in dem zuerst eine Bewertung des Gebietes mit Hinblick auf Primärwald, HCV-Gebiete, Torfgebiete und von der Bevölkerung genutztes Land erfolgen soll, um dieses von der Nutzung auszuschließen (Primärwald) beziehungsweise den von den RSPO-Kriterien geforderten Umgang damit zu gewährleisten. Teil der NPP ist, dass eine RSPO-Zertifizierungsstelle prüft und bestätigt, dass bei der Neupflanzung alle RSPO-Kriterien eingehalten werden. Bevor mit den Arbeiten auf dem Plantagengebiet begonnen werden kann, wird das Vorhaben 30 Tage lang auf der RSPO-Homepage bekannt gegeben und Betroffene haben die Möglichkeit, innerhalb dieses Zeitraums Beschwerden einzulegen, die innerhalb von zwei Wochen auf ihre Berechtigung geprüft werden müssen. Sind bis zum Ablauf der 30 Tage keine berechtigten Beschwerden registriert worden, kann mit den Arbeiten begonnen werden. Gibt es eine berechtigte Beschwerde, so dürfen bis zum Ende des Beschwerdeverfahrens die Arbeiten an der neuen Plantage nicht begonnen werden (RSPO 2012e, 2012f, 2010).

3.6 Prüfung der Einhaltung der Kriterien

Die Einhaltung der Prinzipien, Kriterien und Indikatoren wird durch unabhängige Kontrollen externer Prüforganisationen, die vom RSPO als Zertifizierer anerkannt sind (third party assessments), überprüft. Nach bestandener Zertifizierung gilt das Zertifikat für fünf Jahre und die Einhaltung der Kriterien wird jährlich durch einen Prüfbericht überwacht. Insgesamt gibt es 19 Institutionen aus europäischen und asiatischen Ländern, die als Prüforganisationen autorisiert sind, darunter der TÜV Rheinland Malaysia und der TÜV Nord Indonesia (www.rspo.org).

Zusätzlich verpflichten sich RSPO-zertifizierte Akteure der Lieferkette, einen jährlichen Fortschrittsbericht (Annual Communications of Progress, ACOP) vorzulegen. Diese Berichte sind auf der RSPO-Webseite öffentlich einsehbar und enthalten in tabellarischer Form den jährlichen Fortschritt des Mitglieds, zum Beispiel die Menge zertifizierten Palmöls und Palmkernöls, die Anzahl der gehandelten Zertifikate und der neu angelegten Plantagen oder Verarbeitungsbetriebe (www.rspo.org).

3.7 Beschwerdeverfahren und Sanktionen

Über das Sekretariat des RSPO gibt es die Möglichkeit, Beschwerden gegen den RSPO selbst, gegen eines der Mitglieder oder gegen ein Tochterunternehmen eines Mitgliedes einzureichen. Dafür wurde ein Beschwerdeverfahren eingerichtet, das Beschwerden aufnimmt und prüft sowie auf verschiedenen Ebenen einen Mediationsprozess anstoßen kann. Ein solches institutionalisiertes Beschwerdeverfahren gibt es bei vielen anderen Standards nicht und seine Existenz ist grundsätzlich positiv zu beurteilen.

Eine Beschwerde muss sich auf Verstöße gegen die Satzung des RSPO, die Prinzipien und Kriterien (P & C), anerkannte nationale Interpretationen der P & C, den Verhaltenskodex, die NPP, das Zertifizierungssystem oder weitere vom RSPO erstellte Regeln beziehen. Die Beschwerde kann von RSPO-Mitgliedern wie externen Akteuren eingereicht werden, beispielsweise von betroffenen lokalen Gemeinschaften oder von Arbeiterinnen und Arbeitern des betroffenen Unternehmens (www.rspo.org).

Im Falle von Beschwerden aufgrund der Verletzung von Menschenrechten, Arbeitsrechten und Umweltschutzregelungen – vor allem vor oder während des Prozesses der ersten Zertifizierung – übernimmt die RSPO Dispute Settlement Facility (DSF) die Mediation. Das Complaints Panel übernimmt die meisten anderen Beschwerdefälle, vor allem, wenn es um Beschwerden gegen die Organisationen des RSPO geht oder wenn die anderen Mechanismen zu keiner Schlichtung geführt haben. In letzter Instanz entscheidet der Vorstand des RSPO, der unter anderem die Aussetzung oder Aufkündigung der RSPO-Mitgliedschaft des betroffenen Mitgliedes erwirken kann. Die aktuell anhängigen Beschwerdeverfahren, ihr Status sowie relevante Informationen und Dokumente sind auf der Homepage des RSPO abrufbar, was eine hohe Transparenz schafft. Im Dezember 2013 waren dort 44 Fälle gelistet, davon 15 abgeschlossene (www.rspo.org).

Allerdings gibt es keine klare Regelung darüber, was geschieht, wenn Unternehmen gegen die eingegangenen Verpflichtungen verstoßen. Ausschlüsse und Aussetzungen der Mitgliedschaft sind mögliche Sanktionen, aber es ist nicht festgelegt, in welchen Fällen welche Sanktionen drohen.

Kapitel 4

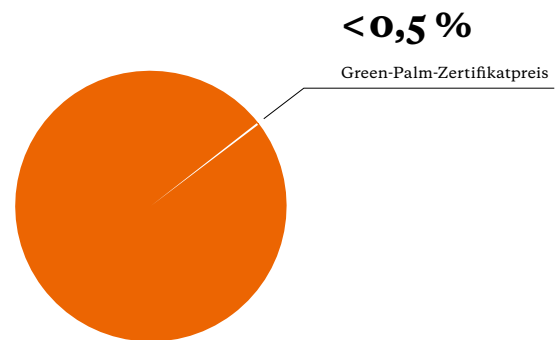
Probleme in der Praxis: Schwächen und Verstöße

So weitreichend die Vorgaben des RSPO in manchen Bereichen schon sind, in der Umsetzung zeigen sich noch viele Schwächen. Die verschiedenen möglichen Handelswege, insbesondere Book & Claim, bieten wenig Anreiz, auf das striktere System der Segregation umzustellen. Kriterien und Indikatoren, die von RSPO-zertifizierten Plantagen und Mühlen abgeprüft werden, müssen an mehreren Stellen noch strikter sein, um den Zielen und Ansprüchen des RSPO gerecht zu werden. Die Prüfung der Zertifizierung durch unabhängige Prüforganisationen ist uneinheitlich und hat Schwachstellen. Zahlreiche Berichte und Studien von lokalen wie internationalen Nichtregierungsorganisationen zeigen Beispiele von schweren Verletzungen der RSPO-Kriterien durch Unternehmen auf, die sich zur Einhaltung eben dieser Kriterien verpflichtet haben, sowie Probleme bei der Umsetzung des Beschwerdeverfahrens.

4.1 Zu wenig Anreize für eine Umstellung auf anspruchsvollere Handelswege

Aktuell werden über 70 Prozent des unter RSPO-Zertifizierung verkauften Palmöls über den Handelsweg Book & Claim auf der Plattform GreenPalm gehandelt. Dieser Zertifikatehandel gewährt den Palmölverarbeitern eine maximale Unabhängigkeit und Flexibilität, da das Zertifikat völlig unabhängig vom Palmöl selbst gehandelt wird. Gleichzeitig sind die Aufpreise dafür minimal; wie in Kapitel 3.4 angeführt betragen sie weniger als 0,5 Prozent des aktuellen Weltmarktpreises für Palmöl (siehe Grafik). Dieses System bietet den Unternehmen der Wertschöpfungskette daher keinerlei Anreiz, selbst auf eine Zertifizierung umzustellen, beziehungsweise zertifiziertes Palmöl über die anderen möglichen Handelswege anzukaufen. Kosten, Aufwand und Risiken für solch eine Umstellung sind aller Wahrscheinlichkeit nach höher als der geringe Aufpreis, den man für GreenPalm-Zertifikate bezahlen muss, die man außerdem flexibel nach Bedarf erwerben und zurückverkaufen kann. Obwohl Book & Claim als einfaches Einstiegsmodell konzipiert wurde, das dazu führen soll, dass mehr und mehr Palmöl über die Handelswege mit strengeren Anforderungen - Segregation und Massenbilanz - gehandelt wird, ist bei den aktuellen Verkaufszahlen keine solche Entwicklung zu erwarten, da die Anreize dafür zu gering sind.

Das Verhältnis von Börsenpreis und GreenPalm-Zertifikatpreis



Quelle: RSPO 2008

Die Praxis des Book & Claim birgt die Gefahr eines völlig intransparenten Systems, in dem Unternehmen, die keinerlei Anstrengungen hin zu ökologischen und sozialen Verbesserungen unternehmen, dennoch gegen einen verschwindend geringen Aufpreis zertifiziertes Palmöl anbieten können. Den Konsumentinnen und Konsumenten, die bewusst nach Produkten mit nachhaltig produziertem Palmöl suchen, ist jedoch in der Regel nicht klar, dass ein Produkt mit aufgedrucktem GreenPalm-Logo keinerlei zertifiziertes Palmöl enthält. Ihren Vorstellungen von Nachhaltigkeit wird das GreenPalm-Warenzeichen sicherlich nicht gerecht.

Des Weiteren stellt sich die grundsätzliche Frage, ob ein Aufpreis von unter 0,5 Prozent des Weltmarktpreises irgendwelche Auswirkungen auf die Nachhaltigkeit eines Produktes haben kann, die Punkte wie den Schutz der Artenvielfalt, das Verbot der Rodung von Primärwald, die Einhaltung der ILO-Kernarbeitsnormen und weitere Arbeitsschutzregelungen sowie den Schutz der Rechte der lokalen Bevölkerung umfassen soll. All diese Maßnahmen bedeuten einen Mehraufwand, der bei voller Umsetzung sicher nicht durch diesen kleinen Aufpreis kompensiert werden kann. Das Book & Claim-System ist bewusst so gestaltet, dass der Markt den Aufpreis bestimmen soll, doch es ist fraglich, ob bei der jetzigen Preislage von Nachhaltigkeit gesprochen werden kann.

4.2 Zertifizierung mit Lücken

Die Kriterien und Indikatoren der RSPO-Zertifizierung enthalten noch einige Lücken, die den Nachhaltigkeitsanspruch des Labels relativieren – auch nach der Überarbeitung 2013, die manche Schwächen der alten Fassung verbesserte.

Beispielsweise wird in RSPO-Kriterium 7.3 gefordert, dass seit 2005 kein Primärwald und kein Gebiet mit hohem Schutzwert (high conservation value, HCV) gerodet wurde. Das Roden anderer Wälder ist dagegen nicht verboten. Auch der Erhalt von Waldkorridoren zur Verbindung bestehender Waldstücke ist kein Kriterium, obwohl beide sehr wichtig für die Bewahrung der Biodiversität sind.

Für Gebiete mit Torfböden, die sehr viel CO₂ speichern und daher von herausragender Bedeutung für den Klimaschutz sind, heißt es im Kriterium 7.4: „Umfangreiche Bepflanzung auf steilem Terrain und/oder auf marginalen und empfindlichen Böden, inklusive Torf, wird vermieden“ (RSPO 2013a: 52, eigene Übersetzung). Ein Indikator für dieses Kriterium ist, dass Karten vorhanden sein sollen, um die zu meidenden Gebiete zu identifizieren. Ebenso sollen Pläne entwickelt und umgesetzt werden, wie solche Gebiete trotz eingeschränkter Bepflanzung geschützt werden können. Umwelt- und Klimaschützer sind sich jedoch einig, dass Gebiete mit Torfböden komplett von der Nutzung für Ölpalmen-Plantagen ausgenommen werden sollten (Greenpeace 2012: 4; Greenpeace 2013a: 2; Greenpeace Switzerland 2011; <http://www.wetlands.org>).

Die RSPO-Kriterien scheinen von einigen Plantagenbetreibern zudem bewusst grob verletzt zu werden. Beispielsweise dokumentierten mehrere internationale Organisationen im Juni 2013 großflächige Waldbrände in der Region Riau auf Sumatra, Indonesien, die bei der Auswertung von Satellitenbildern den Konzessionsgebieten von mehreren Palmölfirmen zuzuordnen waren. Die außergewöhnlich starken Brände führten zu Rekordwerten der Luftverschmutzung in Indonesien, Malaysia und Singapur. Unter anderem waren Konzessionsgebiete von Unternehmen betroffen, die RSPO-Mitglieder sind, beispielsweise Sinar Mas, APRIL und Sime Darby (EIA 21.06.2013; Greenpeace International 24.06.2013). Das RSPO-Kriterium 7.7 verbietet die Verwendung von Feuer zur Vorbereitung neuer Plantagenflächen, mit Ausnahme von besonderen Fällen. Hierbei geht es jedoch ausschließlich um die Gefahr der Ausbreitung von Schädlingen und Krankheiten (RSPO 2013a: 55).

Friends of the Earth belegen in einer Studie am Beispiel des indonesischen Konzerns Bumitama Agri Ltd., wie verschiedenste Kriterien des RSPO von Mitgliedern bewusst missachtet und die Verstöße sogar während eines laufenden Beschwerdeverfahrens weitergeführt werden. Bumitama ist seit 2007 Mitglied des RSPO und hat im Sommer 2013 auf Kalimantan nachweislich Land gerodet, das neben einem Waldreservat liegt und auf dem eine der letzten großen Orang-Utan-Gruppen lebt. Noch im April 2013 hatte der Konzern zugesagt, das Land nicht anzurühren, bis Studien die Situation klären. Außerdem wurde Palmöl von Plantagen verkauft, für die Bumitama keine Landtitel hält und die sich zudem mit einem Waldreservat überschneiden. Bumitama verkauft den größten Anteil seiner Ernte an Wilmar, ebenfalls ein RSPO-Mitglied (FoE 2013: 10-15, 17).

Auch Menschenrechtsverletzungen werden immer wieder dokumentiert. Häufig handelt es sich zunächst um eine Missachtung der Land- und Besitzrechte von lokalen Bevölkerungsgruppen, die oft ethnische Gemeinschaften mit traditionellem Landrecht sind. Kommt es daraufhin zu Konflikten, wird die Bevölkerung in manchen Fällen mit Gewaltandrohungen oder Gewaltausübung unter Druck gesetzt, ihre Ansprüche aufzugeben. Gewalttätige Räumungen von Siedlungen, Inhaftierungen von Mitgliedern der Protestbewegungen und Zerstörung von persönlichem Eigentum sind möglich. Mehrere solcher Fälle, beispielsweise auf Sumatra und Kalimantan in Indonesien, und ihre Aufarbeitung durch den RSPO-Beschwerdemechanismus wurden in einer internationalen Studie dokumentiert (Colchester und Chao 2013: z. B. 16 ff., 101-125, 159-198). Konflikte auf Plantagen von Wilmar International werden in einem Artikel von Down to Earth angeführt (DTE 2013).

Auch die Arbeiterinnen und Arbeiter sind zum Teil gravierenden Menschenrechtsverletzungen und Verstößen gegen die ILO-Kernarbeitsnormen ausgesetzt. Eine Studie des International Labour Rights Forum zeigt anhand von drei Fällen auf, dass auch RSPO-zertifizierte Plantagen von Menschenhandel, Zwangsarbeit und Kinderarbeit betroffen sind und dass Angestellte beim Umgang mit gefährlichen Chemikalien nicht ausreichend geschützt werden (ILRF 2013).

4.3 Keine einheitlichen und unabhängigen Audits

Bei der Qualität der externen Prüfungen scheint es erhebliche Unterschiede zu geben. Die Auditorinnen und Auditoren erhalten keine einheitliche Ausbildung zur Prüfung der RSPO-Kriterien, weshalb soziale und ökologische Kriterien von Fall zu Fall sehr unterschiedlich gewichtet werden können. Gleichzeitig haben sie viel Spielraum bei der Umsetzung der Prüfberichte, da es für diese kein einheitliches Format gibt. Zum Beispiel können die Tiefe der Recherchen vor Ort oder die Länge und der Detailreichtum der Berichte stark variieren. Eine Auswertung von Daten und Fallbeispielen aus mehreren Staaten zeigt, dass Audits oft ohne die Befragung von Mitgliedern der lokalen Gemeinschaften durchgeführt oder die Ergebnisse der Befragung bestimmter Einzelpersonen als Meinung der gesamten Gemeinschaft betrachtet werden, unabhängig von Status und Rolle der Einzelpersonen innerhalb ihrer Gemeinschaft (Colchester und Chao 2013: 388, 396). Die Bestimmungen des RSPO verlangen jedoch, dass die lokale Bevölkerung, vertreten durch von ihr gewählte Vertreter, befragt wird (RSPO 2011a: Abs. 5.3.2). So hat beispielsweise der TÜV Rheinland bei der externen Prüfung des Unternehmens PT Mustika Sembuluh, einer Tochterfirma von Wilmar International mit Plantagen in Zentral-Kalimantan, nicht die lokale Bevölkerung befragt. Alle im Report erwähnten Interviewpartner sind Mitarbeitende und Repräsentanten des Unternehmens, und die einzige öffentliche Konsultation an der auch Personen teilnahmen, die nicht bei PT Mustika Sembuluh angestellt waren, fand außerhalb der Konzessionsgebiete statt. Die Bevölkerung wurde nicht einbezogen, obwohl ein Landkonflikt mit der indigenen Gruppe der Dayak Temuan vorlag. PT Mustika Sembuluh war das erste Unternehmen in Kalimantan, das eine RSPO-Zertifizierung erhielt (Colchester und Chao 2013: 16, 388).

Darüber hinaus ist die Unabhängigkeit dieser „third party assessments“ von den zu prüfenden Plantagenbetreibern zu hinterfragen. Die Situation vor Ort kann dazu führen, dass für eine Zertifizierungsinstitution ein Konzern mit seinen Plantagen der einzige oder wichtigste Kunde ist, sodass es auch im ökonomischen Interesse der Zertifizierungsinstitution liegen kann, ausschließlich positive Berichte zu erstellen, um die langfristige Zusammenarbeit zu sichern. Für die Prüfung wird das Prüfinstitut

direkt vom Plantagenbetreiber bezahlt, daher muss die Frage gestellt werden, ob mit so einer Struktur - insbesondere in Regionen, in denen wenige Konzerne den Großteil der Plantagen betreiben - eine Unabhängigkeit der Prüfinstitute überhaupt möglich ist (Colchester und Chao 2013: 388, 396).

4.4 Beschwerdeverfahren mit hohen Hürden

Zwar sind die Kriterien des RSPO - von den NPP bei der Anlage einer Plantage bis hin zu den Beschwerdeverfahren - relativ weitreichend, doch die Sanktionsmechanismen greifen nicht wirkungsvoll genug. Bislang wurde trotz vielfältiger Berichte über Verstöße und beim RSPO eingereichter und aktuell in der Prüfung befindlicher Beschwerden gegen zahlreiche Konzerne erst einem Unternehmen die RSPO-Mitgliedschaft entzogen: Der indonesische Konzern PT Dutapalma Nusantara (auch bekannt als Duta Palma oder Darmex Agro) wurde am 9. Mai 2013 offiziell aus dem RSPO ausgeschlossen, nachdem ein bereits seit 2009 laufendes Beschwerdeverfahren zum Schluss kam, dass Dutapalma wesentliche Kriterien des RSPO verletzt hatte. Unter anderem wurde Brandrodung zum Aufbau einer Plantage angewandt und eine Plantage auf Torfboden angelegt (RSPO 2013d; Greenpeace International 13.05.2013; WWF 21.06.2013; Mongabay 13.05.2013). Greenpeace International machte bereits seit 2007 wiederholt auf Regelverstöße bei PT Dutapalma Nusantara aufmerksam (Greenpeace International 2013b: 4). Dass der Ausschluss dieses Unternehmens erst 2013 erfolgte, sechs Jahre nach den ersten Hinweisen auf Verstöße, zeigt wie zögerlich und schwerfällig das Beschwerdeverfahren des RSPO arbeitet. Weitere Beschwerdefälle von 2009 und 2010 sind ebenfalls noch nicht endgültig gelöst.

4.5 Flucht aus der Verantwortung

Für Firmen, gegen die beim RSPO Beschwerden eingereicht werden, besteht auch die Möglichkeit, durch den Verkauf der betroffenen Plantagen oder durch die Beendigung der Zertifizierung, Schlichtungsversuche und

damit gegebenenfalls auch Entschädigungsansprüche der lokalen Bevölkerung zu umgehen. So zog auch SGSOC, ein in Kamerun aktives Tochterunternehmen der amerikanischen Firma Herakles Farms, im September 2012 seinen Antrag auf Mitgliedschaft beim RSPO zurück, als eine lokale NRO im Namen der ethnischen Gemeinschaften aus dem Konzessionsgebiet eine Beschwerde beim RSPO einreichte. Auf diese Weise konnte SGSOC sich einem Schlichtungsversuch entziehen und den Gemeinschaften vor Ort steht nun nur noch die Möglichkeit offen, über Gerichtsverfahren ihren Anspruch geltend zu machen (Colchester und Chao 2013: 21f.).

Der Wilmar-Konzern verkaufte 2013 seine Tochterfirma PT Asiatic Persada – die immer wieder für Menschenrechtsverletzungen in ihren Konzessionsgebieten auf Sumatra verantwortlich gemacht wird – an zwei andere Eigentümer, die keine RSPO-Mitglieder sind, den Wilmar-Gründern aber nahe stehen. Die neuen Eigentümer haben kein Interesse, die aktuell laufenden Beschwerdeverfahren zu einem Fall von 2011 beim RSPO und der IFC weiterzuführen, weshalb die betroffene Bevölkerung keine Möglichkeit mehr hat, über diese Institutionen Entschädigungen zu erhalten. Im Fall von 2011 geht es um die Zerstörung der Häuser von 83 Familien, die auf dem Konzessionsgebiet lebten. Sie wurden beschuldigt, dem Unternehmen Palmfrüchte gestohlen zu haben. Menschenrechtsgruppen unterstützten die Betroffenen 2011 dabei, ein RSPO-Beschwerdeverfahren einzuleiten. Im Dezember 2013 sind erneut Fälle schwerer Menschenrechtsverletzungen gegenüber der lokalen Bevölkerung bekannt geworden: Anfang Dezember wurden von Sicherheitskräften des Unternehmens, vom indonesischen Militär und von Polizeibrigaden in mehreren Dörfern auf dem Konzessionsgebiet fast 150 Häuser zerstört, Eigentum der Bewohnerinnen und Bewohner vernichtet und mehrere Menschen gefangen genommen, die sich zur Wehr gesetzt hatten (Mongabay 14.12.2013).

4.6 Belegte Mängel – begrenzte Wirkung

Eine internationale Studie über die Auswirkungen des Beschwerdeverfahrens kommt zu dem Schluss, dass der Beschwerdemechanismus in seinem aktuellen Umfang

nicht in der Lage ist, die große Anzahl von Hinweisen und Beschwerden in angemessener Zeit bearbeiten zu können. Von den bis 2012 eingereichten 31 Fällen seien nur fünf Fälle gelöst worden (Colchester und Chao 2013: 390, 392). Die Studie schließt daraus, dass der RSPO-Beschwerdemechanismus weder das Mandat noch die Kapazität habe, die große Anzahl von Disputen zwischen Unternehmen und lokalen Gemeinschaften zu beheben (Colchester und Chao 2013: 392).

Daten aus verschiedenen Anbaugebieten zeigen darüber hinaus, dass in vielen der darin untersuchten Fälle Versäumnisse beim Prozess der Plantagenplanung und vor allem Fehler bei der Kommunikation mit und Entschädigung von lokalen Anwohnern zugrunde lagen. Dass es in so einem Fall überhaupt zu einem Beschwerdeverfahren beim RSPO kommt, ist jedoch eine Ausnahme. Solche Verfahren wurden bisher von den betroffenen Gemeinschaften nur dann angestrengt, wenn eine lokale, nationale oder internationale NRO sie bei diesem Prozess unterstützte.

Eine Gemeinschaft von Betroffenen alleine ist meist nicht in der Lage, ihre Rechte gegenüber den Unternehmen einzufordern und das Beschwerdeverfahren des RSPO in Gang zu bringen; zum Beispiel weil sie nicht über die Beschwerdemöglichkeiten und über ihre Rechte aufgeklärt wurde, weil Sprachbarrieren sie daran hindern oder weil sie die 30-tägige Veröffentlichung einer neuen Plantage auf der Internetseite nicht verfolgen können. In vielen Fällen von Menschenrechtsverletzungen führen daher fehlende Kontakte zu NROs dazu, dass der Fall nie an die (nationale oder internationale) Öffentlichkeit dringt (Colchester und Chao 2013: 390, 391, 396; siehe auch Chao 2013: 3).

Die Zahl der vom RSPO erfassten und RSPO-Mitglieder betreffenden Fälle kann daher nur die Spitze des Eisbergs sein. Laut Informationen des National Land Bureau in Indonesien gab es 2012 allein im Agrarsektor Indonesiens etwa 8000 dokumentierte Fälle von Landkonflikten, von denen die Hälfte Unternehmen im Palmölanbau betrafen (Colchester und Chao 2013: 9).

Kapitel 5

Marktveränderungen in der EU und Auswirkungen auf den RSPO

Obwohl die Palmöl-Nachfrage innerhalb der EU global gesehen deutlich hinter dem asiatischen Markt zurückbleibt, ist sie für den RSPO von besonders großer Bedeutung. Regulierungen innerhalb der EU, oder einzelner EU-Staaten, haben Signalwirkung und daher einen großen Einfluss auf das Interesse am RSPO und an den Absatzpotenzialen von RSPO-zertifiziertem Palmöl. Die Debatten um Biokraftstoffe und Lebensmittelkennzeichnungen machen deutlich, wie sich EU-Regulierungen einerseits auf die RSPO-Kriterien selbst, andererseits auf das Interesse der Verarbeiter und Händler an einer RSPO-Zertifizierung auswirken können.

5.1 Palmöl und Biokraftstoffe

Durch die europäischen und deutschen Pläne, zur Senkung des Ausstoßes von klimaschädlichen Gasen vermehrt Biokraftstoffe einzusetzen, wird Palmöl für Kraftstoffhersteller immer interessanter, und die Palmölanteile im Dieseltreibstoff steigen. Eine von der EU in Auftrag gegebene Studie prognostiziert, dass der Anteil von Palmöl an den in der EU verwendeten Biokraftstoffen (Biodiesel und Bioethanol) von 4 Prozent im Jahr 2008, auf 17 Prozent im Jahr 2020 ansteigen könnte (EU 2012b: 20). Friends of the Earth International führen an, dass sich die in der EU für Biosprit eingesetzte Menge an Palmöl in den letzten sechs Jahren um 365 Prozent gesteigert habe (FoE 2013: 7; IISD 2013: 8). 2013 wurden nach Angaben von Oil World bereits mehr als 10 Prozent der weltweiten Palmölernte für die Produktion von Biodiesel eingesetzt (Bloomberg 03.09.2013).

Im November 2012 wurde RSPO-RED (RSPO mit zusätzlichen Klimaschutz-Kriterien) von der EU als Zertifizierungssystem für die Nachhaltigkeitszertifizierung von Biotreibstoffen anerkannt (EU 2012a). Neben RSPO-RED ist auch eine Zertifizierung durch ISCC und die Rainforest Alliance möglich, siehe Kapitel 6.). RED bezieht sich dabei auf die „renewable energies directive“ 2009/28/EG, die in Deutschland als Erneuerbare-Energien-Richtlinie bekannt ist (Text der Richtlinie: EU 2009).

Die Rohstoffe, aus denen Biotreibstoffe zur Beimischung zu Benzin und Diesel für die EU gewonnen werden, müssen von der EU festgelegte Klimaschutz-Kriterien erfüllen, um das EU-weite CO₂-Einsparziel zu erreichen. Dazu gehört, dass die Herstellung dieses Treibstoffes weniger CO₂ erzeugt als die von

konventionellem Benzin oder Diesel – mit steigenden Anforderungen. Zu Beginn muss der Biokraftstoff mindestens 35 Prozent CO₂-Äquivalente einsparen, ab 2017 muss dieser Wert mindestens 50 Prozent betragen und ab 2018 für Neuanlagen sogar 60 Prozent (EU 2009: 21 f. Mit Neuanlagen sind Anlagen gemeint, die am 1.1.2017 oder später in Betrieb gehen). Erreicht ein Biotreibstoff diese hohen Einsparziele nicht, kann er nicht unter der EU-RED-Regelung innerhalb der EU als klimaschonender Biokraftstoff anerkannt werden, darf aber weiterhin verwendet werden.

Bei Palmöl gelten die Einsparkriterien nicht nur für den Anbau auf den Plantagen. Auch die Mühlen, in denen die Palmfrüchte weiterverarbeitet werden, müssen bestimmte Kriterien zur Methanbindung erfüllen, damit die aktuell erforderlichen Einsparwerte überhaupt eingehalten werden können (RSPO 2012a: 3; EU 2009: Artikel 17, S. 21 und Anhang V, S. 37; FNR 2013b: 15; Methan wird bei der Verarbeitung von rohem Palmöl freigesetzt und ist ein Gas mit einer noch stärkeren Klimawirkung als CO₂). Eine Berechnung der tatsächlichen CO₂-Einsparung für das Öl von einer spezifischen Plantage ist jedoch mangels einheitlicher, anerkannter Methodik noch gar nicht möglich, sodass bislang zwangsläufig auf Durchschnittswerte zurückgegriffen werden muss (RSPO 2012a: 7; EU 2009 Artikel 19, S. 25 f., Anhang V, S. 37).

Neben der CO₂-Einsparung gilt als weiteres Kriterium bei Palmöl, dass die Herkunftsplantagen schon seit mindestens 2008 in Betrieb sein müssen, dass somit also seit 2008 für deren Anlage nachweislich kein Regenwald vernichtet wurde (RSPO 2012a: 3; EU 2009 Artikel 17, S. 21 und Anhang V, S. 37).

Die Anerkennung unter RSPO-RED ist nur für Palmöl möglich, das unter dem System der Massenbilanz, der Segregation oder der direkten Nachverfolgbarkeit zur Plantage (identity preserved) gehandelt wurde. Es ist nicht möglich, über den GreenPalm-Zertifikatehandel (Book & Claim) die RSPO-RED-Kriterien einzuhalten (RSPO 2012a: 4).

Mit der Anerkennung von RSPO-RED ist es seit 2012 möglich, dass RSPO-zertifiziertes Palmöl als nachhaltig im Sinne der EU-Regularien für Kraftstoffe vertrieben wird. Diese Änderung war mit großen Protesten einiger Umweltschutzorganisationen verbunden, da ihrer Meinung nach die RSPO-RED-Kriterien, wie auch die generellen RSPO-Kriterien, nicht streng genug für eine Bezeichnung als „nachhaltig“ sind (Asser Institute 2012; Klimaretter.info 2012).

Der Hauptkritikpunkt an der EU-RED-Regelung ist, dass Plantagen erst seit Anfang 2008 bestehen müssen, um die Kriterien zu erfüllen – bis dahin durfte also zur Anlage einer Plantage Wald gerodet werden (Vgl. EU 2009: Artikel 17, S. 22). Die von der EU angegebenen Standardwerte für CO₂-Reduktion durch die Verwendung von Palmöl – anhand derer Palmöl die Einsparkriterien erfüllt – berücksichtigen jedoch nicht den Status der Plantagenflächen vor 2008 und die im Falle einer Rodung von Wald oder Trockenlegung von Feuchtgebieten eingetretene Freisetzung von CO₂ (RSPO 2012a: 7; EU 2009 Artikel 19, S. 25f., Anhang V, S. 37).

Wenn eine Ölpalmen-Plantage auf ehemaligem Regenwaldgebiet oder sogar auf Moorland – wo der Boden noch größere Mengen CO₂ bindet als der Wald – errichtet und dadurch in großem Maße CO₂ freigesetzt wird, so hat Kraftstoff aus Palmöl von dieser Monokultur eine weitaus schlechtere Klimabilanz als alle anderen verwendeten Biotreibstoffe. Sie ist je nach Anbausituation sogar deutlich schlechter als die CO₂-Bilanz von konventionellem Treibstoff. Laut einer Studie des UNEP (Bringezu et al. 2009) übersteigt sie diese sogar um über 800 Prozent, wenn für eine Palmölplantage Regenwald gerodet wurde und um bis zu 2000 Prozent, wenn dafür ein Torfgebiet umgewandelt wurde (EMPA 2012: 7; EU 2012b: 26f., 128f.; IFPRI 2011: 13; FoE 2013: 14 mit Verweis auf Bringezu, Stefan et al. 2009: 53). Die Ergebnisse verschiedener Studien variieren, zeigen jedoch, dass Palmöl die Nachhaltigkeitskriterien nicht einhalten kann (Grethe et al 2013: 9, Grafik S. 27). Ein solcher Kraftstoff ist jedoch unter RED ein in der EU zugelassener „nachhaltiger“ Ersatz für mineralische Kraftstoffe, wenn die Plantage vor 2008 angelegt wurde.

Besonders fatal an der Festlegung auf das Jahr 2008 als Grenzwert ist, dass bis dahin der weitaus größte Teil der heutigen Ölpalmpflanzungen bereits in Betrieb war. Im Jahr 2008 wurden 44 Millionen Tonnen weltweit produziert, heute sind es 58 Millionen Tonnen (USDA 2010a: 13; USDA 2014: 14). Damit waren 75 Prozent der heutigen Produktionskapazität im Jahr 2008 schon in Produktion. Da zwischen dem Anlegen einer Ölpalmpflanzung und der ersten Ernte mehrere Jahre vergehen, müssen folglich 2008 schon deutlich mehr als 75 Prozent der heutigen produzierenden Plantagen angelegt gewesen sein. Der Schutz von Wald kann über dieses Instrument keine große Auswirkung haben, da für weniger als 25 Prozent der derzeitigen Welternte diese Jahresgrenze überhaupt eine Bedeutung hat.

Darüber hinaus ist es für Kleinproduzenten nicht möglich, die RSPO-RED-Zertifizierung zu erhalten. Nur Großplantagen, die mit großflächigen Monokulturen von Ölpalmen arbeiten, können entsprechend zertifiziert werden (RSPO 2012a: 2). Die Produzenten, die auf kleinen Flächen anbauen und damit für eine diversere Landschaft sorgen, bleiben daher paradoxerweise von dieser „Nachhaltigkeits“-Zertifizierung ausgeschlossen.

Auch bei der Produktion von Kerosin gibt es Pläne, die Klimabilanz durch die Beimischung von Biokraftstoffen zu verbessern. Lufthansa testete 2011 erstmals den Einsatz von Biokerosin (vgl. <http://www.lufthansagroup.com/de/themen/biofuel.html>). Hierfür gibt es allerdings bisher keinerlei gesetzlich vorgeschriebene Nachhaltigkeitskriterien und die ökologischen und sozialen Probleme bei Kerosin aus Palmöl sind dieselben wie bei Biodiesel.

Eine Studie der Heinrich-Böll-Stiftung kommt zu dem Schluss, dass der europäische Bedarf von Pflanzenölen für die Produktion von Biodiesel für eine Steigerung der Weltmarktpreise um 16 Prozent verantwortlich ist. Die bei der aktuellen Planung für 2020 nötigen Mengen an Pflanzenölen müssten zudem zu 85 Prozent in die EU importiert werden (Grethe et al. 2013: 8). Angesichts dieses Ergebnisses und der zuvor angesprochenen ökologischen Probleme ist es zweifelhaft, ob eine umwelt- und sozialverträgliche Herstellung von Pflanzenöl für Biodiesel in dem für Europa geplanten Ausmaß möglich ist. Dies würde zu einem Anstieg der Weltmarktpreise – verbunden mit einer Gefährdung der Ernährungssicherheit – und zu weiterem Druck auf die Flächen führen.

5.2 Palmöl und die Kennzeichnung von Inhaltsstoffen bei Lebensmitteln

Palmöl wird mittlerweile bei der Hälfte aller verarbeiteten Lebensmittel als Zutat zugesetzt, doch taucht es bisher nur selten auf der Zutatenliste auf. Ab Dezember 2014 wird es innerhalb der EU durch die seit 2011 gültige Lebensmittelinformationsverordnung (1169/2011) für Hersteller von Lebensmitteln Pflicht, Palmöl in der Zutatenliste von verarbeiteten Produkten immer als eigenständige Zutat zu benennen. Bisher bestand hierzu keine

Verpflichtung, sodass Palmöl in der Regel summiert mit anderen Fetten als „pflanzliche Öle“ oder „pflanzliche Fette“ angeführt wurde. Dadurch ist es interessierten Verbraucherinnen und Verbrauchern bisher nicht möglich zu erkennen, ob ein Produkt Palmöl enthält und in welchen Mengen es dem Produkt beigemischt ist. Die neue Regelung wird hier die Transparenz stark erhöhen und damit kritischen Kundinnen und Kunden ermöglichen, Produkte mit Palmölanteilen zu erkennen und entsprechende Kaufentscheidungen zu treffen.

Da Palmöl in den Medien vorwiegend mit negativen Auswirkungen auf Umwelt und Gesellschaft in Verbindung gebracht wird, könnte die neue Regelung dazu führen, dass Unternehmen, die sensibel für die Verbraucher-Meinung sind, versuchen werden, auf Palmöl weitestgehend zu verzichten oder aber vermehrt Palmöl verwenden werden, das einer Nachhaltigkeitszertifizierung unterliegt.

Die EU-Regelung wird voraussichtlich zu einer Steigerung des Interesses am RSPO, zu steigenden Absatzmengen von zertifiziertem Palmöl und zu einem höheren Anteil von RSPO-zertifiziertem Palmöl an der Weltproduktionsmenge führen.

weiterhin keine Kennzeichnung der enthaltenen Öle und Fette erforderlich ist. Den Verbraucherinnen und Verbrauchern stehen also bei diesen Produkten auf absehbare Zeit keine Informationen über die Zusammensetzung zur Verfügung.

5.3 Reaktionen auf EU-Vorgaben

Die Entwicklungen beim Palmölkonzern Wilmar, der fast die Hälfte der weltweiten Palmölproduktion vertreibt und Ende 2013 eine Konzernrichtlinie veröffentlicht hat, nach der die Nachhaltigkeit-Standards für vom Konzern produziertes oder gehandeltes Palmöl bis Ende 2015 deutlich angehoben werden sollen, wurden schon als Marketing-Strategie und Reaktion auf die EU-Verordnung gedeutet (Deutsche Welle 2014; Wilmar International 2013; siehe auch: www.wilmar-international.com/sustainability).

Auch das Engagement bekannter großer Unternehmen wie Nestlé, Unilever, Rewe oder Lidl im Forum Nachhaltiges Palmöl sowie Presseerklärungen von Unternehmen wie Ferrero und Hershey zeigen, dass Industrie und Handel Schritte unternehmen, um den Anforderungen gerecht zu werden.

Festzuhalten bleibt jedoch, dass sich die EU-Verordnung ausschließlich auf Lebensmittel bezieht und für Erzeugnisse der Industrie wie zum Beispiel Kosmetik- und Reinigungsprodukte, Lacke, Kerzen oder Kraftstoffe

Kapitel 6

Andere Ansätze für Nachhaltigkeit im Palmölsektor

Neben dem RSPO gibt es weitere Ansätze, Palmölplantagen zu zertifizieren. Darüber hinaus wollen einige Unternehmen gemeinsam mit NROs eigene Projekte durchführen oder Verbesserungen innerhalb des RSPO durchsetzen. Die alternativen Ansätze sind derzeit noch sehr klein und setzen an verschiedenen Bereichen an, wie die folgenden Beispiele zeigen.

6.1 Alternative Zertifizierungen

Zu den Ansätzen, umwelt- und sozialverträgliche Anbaumethoden mit kleinbäuerlicher Landwirtschaft zu fördern und transparente Vermarktungswege aufzubauen, gehört die Kooperation der GEPA-The Fair Trade Company. Das Unternehmen bezieht das Palmöl für seine Produkte von einer Kooperative aus Ghana, die sowohl fair als auch ökologisch produziert (GEPA 2013). Der Ansatz geht somit wesentlich weiter als der des RSPO. Allerdings werden bisher nur sehr geringe Mengen umgesetzt.

Es ist zudem Palmöl auf dem Markt, welches das europäische Bio-Siegel trägt. Aus ökologischer Sicht ist die Biozertifizierung ein Vorteil, da sie den Einsatz von Pestiziden untersagt, was die biologische Vielfalt der Plantagen sowie die Gesundheit der Arbeiterinnen und Arbeiter schützt.

Weniger weitreichend ist das Zertifizierungssystem „International Sustainability and Carbon Certification“ (ISCC), das eng mit der Rainforest Alliance (RA) kooperiert. Beide arbeiten nach dem Standard des „Sustainable Agriculture Network“ (SAN) und wollen auf den von ihnen zertifizierten Plantagen die Einhaltung der Nachhaltigkeitsanforderungen der europäischen Erneuerbare-Energien-Richtlinie (EU RED) und der deutschen „Biokraft- und Biostrom-Nachhaltigkeitsverordnung“ durchsetzen. Zu den Kriterien dieser Standards gehören der Erhalt von Biodiversität und von besonders schützenswerten Flächen (HCV), die umweltfreundliche Produktion von Biomasse, sichere Arbeitsbedingungen für die Beschäftigten, die Einhaltung von Menschen-, Arbeits- und Landrechten sowie von weiteren bestehenden Gesetzen und die Einführung guter Managementpraktiken (Details siehe www.iscc-system.org und <http://www.rainforest-alliance.org>).

Parallel zu den Zertifizierungsprozessen bauen einzelne Unternehmen in Zusammenarbeit mit NROs

nachhaltigere Lieferketten auf. Dazu gehört etwa die Zusammenarbeit von Henkel mit Solidaridad zur Beratung von Kleinbauern in Honduras oder Ansätze des WWF, der gemeinsam mit Unternehmen einen besseren Standard für die Anlage von neuen Plantagen etablieren will (WWF 10.01.2012; Henkel 2013).

Mit der „Palm Oil Innovation Group“ hat sich darüber hinaus ein Netzwerk aus NROs und Unternehmen gegründet, das ebenfalls deutlich über die Ansätze des RSPO hinausgehen möchte (Greenpeace International 2013a: 5). Offen ist, wie in diesen Projekten Kontrollen nach innen durchgeführt werden und Transparenz nach außen geschaffen wird. Eine weitere Selbstverpflichtungsinitiative ist das „Sustainable Palm Oil Transformation Manifesto“, das seit Anfang Dezember 2013 von Unternehmen und NROs diskutiert wird. Parallel zum Manifest hat das Unternehmen Wilmar ein in weiten Teilen gleichlautendes Dokument mit dem Titel „No Deforestation, No Peat, No Exploitation Policy“ veröffentlicht. Letztendlich enthalten beide Dokumente jedoch lediglich Kriterien, die ohnehin weitestgehend Teil der Vorgaben des RSPO sind (Wilmar International 2013).

6.2 Forum Nachhaltiges Palmöl

Eine Reihe von in Deutschland tätigen Unternehmen aus Industrie und Handel haben gemeinsam mit Nichtregierungsorganisationen und Verbänden im September 2013 das „Forum Nachhaltiges Palmöl“ gegründet. Unterstützt wird das Forum durch das Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft. Ziel des Forums ist, in Deutschland sobald wie möglich nur noch nachhaltiges Palmöl zu verarbeiten und zu verwenden. Daher haben sich die Mitglieder des Forums verpflichtet, bis Ende 2014 auf die Verwendung von nachhaltig produziertem Palmöl umzustellen. Als nachhaltig gilt dabei eine Zertifizierung durch RSPO oder vergleichbare Standards (zum Beispiel Rainforest Alliance, ISCC). Das Forum möchte darüber hinaus eine Verbesserung des RSPO erreichen. Ausdrückliches Ziel des Forums ist, dass die Mitgliedsunternehmen nicht auf andere pflanzliche Öle ausweichen, sondern an der Verbesserung der Zustände im Palmölsektor arbeiten (Details siehe <http://www.forumpalmoel.org> und <http://www.giz.de/de/mediathek/16873.html>).

Kapitel 7

Ergebnisse der Expertenumfrage: Anspruch und Wirklichkeit des RSPO

Angesichts der vielen kritischen Studien über die Wirkung des RSPO liegt der Verdacht nahe, dass der RSPO in seiner jetzigen Form kaum Wirkung entfaltet. Es gibt jedoch auch Stimmen, die zwar die unzureichende Umsetzung der Kriterien bemängeln, zugleich aber die Ansicht vertreten, dass es sinnvoller sei, die Umsetzung von bestehenden Kriterien zu optimieren, als gar keine Handlungsperspektive zu haben. Um ein Meinungsbild einzuholen, wurde daher ein Fragebogen entworfen, der an deutsche Stakeholder sowie an Nichtregierungsorganisationen in Asien und Westafrika verschickt wurde. Dabei handelte es sich nicht um eine systematische Befragung, sondern um die Einholung von insgesamt 16 Meinungen. Darunter waren zwei Unternehmen, ein Unternehmensverband, zwei Standards setzende Organisationen, eine Organisation der Entwicklungszusammenarbeit, sechs europäische und drei asiatische Nichtregierungsorganisationen sowie eine afrikanische NRO. Das Ergebnis gibt Tendenzen wieder, welche Perspektiven im RSPO gesehen werden, ohne den Anspruch zu haben, eine statistisch valide Aussage zu treffen.

Fragebogen zur Wirksamkeit des RSPO

1. *Halten Sie es für möglich, dass durch den RSPO in seiner aktuellen Form die Vernichtung von Regenwald, insbesondere Primärwald, gestoppt wird?*

Alle Befragten sind sich einig, dass die Abholzung durch den RSPO nicht beendet werden kann. Zugleich ist fast die Hälfte der Befragten überzeugt, dass sich das Abholzungstempo durch den RSPO verlangsamt. Dies sei laut mehreren Befragten ein Hinweis darauf, dass sich, angesichts der politischen und rechtlichen Lage in vielen Anbauregionen, die Situation allein durch den RSPO nur punktuell verbessern ließe. Darüber hinaus sei nur ein kleiner Teil der Plantagen zertifiziert, auf den Rest habe der RSPO keinen Einfluss. Insbesondere NROs kritisieren die mangelnde Durchsetzungskraft des RSPO gegenüber seinen Mitgliedern, die sich häufig nicht an die Kriterien halten.

2. *Halten Sie es für möglich, dass durch den RSPO in seiner aktuellen Form Menschenrechtsverletzungen beim Anlegen von Plantagen reduziert oder beendet werden?*

Es herrscht Einigkeit bei allen Befragten, dass der RSPO Menschenrechtsverletzungen nicht beendet. Zugleich ist der größere Teil der Befragten davon überzeugt, dass der RSPO zumindest zu Verbesserungen führt. Auch in diesem

Bereich zeigen die Antworten, dass vor allem der Rechtsrahmen beziehungsweise dessen Umsetzung in den Anbauländern verbessert werden muss. NROs kritisieren auch hier die mangelnde Durchsetzungskraft des RSPO, da sich Mitglieder häufig nicht an die Kriterien halten.

3. *Halten Sie es für möglich, dass durch den RSPO in seiner aktuellen Form die Situation der Beschäftigten auf den Plantagen verbessert wird?*

Die Einschätzungen halten sich ungefähr die Waage, ob die Bestimmungen des RSPO die Situation der Beschäftigten verbessern oder nicht. Auffallend ist, dass die europäischen NROs eher pessimistisch sind, während die NROs aus dem Süden Verbesserungen sehen.

4. *Werden - unabhängig vom RSPO - die geltenden Arbeitsrechte bereits auf den Plantagen umgesetzt?*

Nahezu alle NROs sehen große Missstände, während bei den anderen Gruppen die Antworten ausgeglichener sind.

5. *Werden Verstöße gegen geltende Arbeits- und Umweltschutzgesetze juristisch verfolgt?*

Ein Teil der Befragten antwortete nicht auf die Frage. Drei Viertel derjenigen, die geantwortet haben, meinen jedoch, dass Verstöße nicht oder selten verfolgt werden.

6. *Ist die Umsetzung der RSPO-Regularien in der Praxis anfällig für Korruption?*

Die Hälfte der Befragten hält das System nicht für anfällig. Sechs der sieben skeptischen Stimmen kommen aus dem Lager der NROs, die Standards setzenden Organisationen sehen dagegen kaum Probleme.

7. *Wäre es möglich, die Durchsetzung der jetzigen RSPO-Standards durch stärkere Kontrollen der Zertifizierungsorganisationen zu erreichen?*

Mehr als die Hälfte der Befragten glaubt an Fortschritte durch striktere Kontrollen.

8. *Sehen Sie Ansatzpunkte, parallel zum RSPO weitgehend Standards aufzustellen und über ein Zertifizierungssystem deren Durchsetzung zu garantieren?*

Die Zahl der Befragten, die an den Aufbau paralleler Strukturen glaubt, ist nahezu genauso groß wie die Gruppe, die dies bezweifelt. Unternehmen und NROs aus dem Norden gehen von der Bildung paralleler Strukturen aus, während NROs aus dem Süden dies eher bezweifeln.

Fragen 9 und 10 betrafen das deutsche Forum Nachhaltiges Palmöl und wurden nur an die in Deutschland aktiven Interviewpartner gestellt. Vier von sieben Befragten waren Mitglieder des Forums.

9. *Hat das in Deutschland gegründete Forum Nachhaltiges Palmöl die nötige Macht, um innerhalb des RSPO Veränderungen durchzusetzen?*

Der größte Teil der antwortenden Personen sieht ein Potenzial des deutschen Marktes, als Vorreiter gemeinsam mit anderen europäischen Nationen Dinge zu bewegen.

10. *Hat das in Deutschland gegründete Forum die nötige Macht, um als starker Verhandlungspartner gegenüber in Indonesien und Malaysia im Palmölanbau tätigen Konzernen aufzutreten?*

Zugleich ist allerdings mehr als die Hälfte derjenigen, die antworteten, skeptisch, was die Macht gegenüber den Konzernen betrifft. Mehrfach wird das Argument vorgetragen, es werde zu einer Spaltung in den Anbauländern kommen. Ein Teil der Unternehmen glaubt an eine Stärkung der eigenen Position auf dem Markt durch die Einhaltung von Standards, andere würden sich auf die Kunden konzentrieren, die keine höheren Standards verlangen.

Kapitel 8

Potenziale von freiwilligen Vereinbarungen

In den Antworten auf die versandten Fragebögen zeigen sich sehr verschiedene Ansprüche an das, was ein Anbau nach Standards verbunden mit einer Zertifizierung leisten sollte. Es gibt zum einen eine große Enttäuschung darüber, dass der RSPO viele der versprochen Leistungen nicht erbracht hat, zum anderen gibt es die Erkenntnis, dass viele der Ansprüche durch eine freiwillige Einführung von Standards gar nicht umzusetzen sind.

Die Diskussionen im Palmölsektor werden derzeit auch in anderen Bereichen geführt, in denen sich die Einführung von Standards und anschließende Zertifizierungen durchgesetzt haben - beispielsweise in der Kakao- und Kaffeebranche, im Baumwollsektor oder auch bei freiwilligen Sozialstandards in der Bekleidungsindustrie.

In den vergangenen beiden Jahrzehnten hat die Zahl der von privaten, nicht staatlichen Einrichtungen vergebenen Labels massiv zugenommen. Schätzungen zufolge werden derzeit im ökologischen und sozialen Bereich mindestens 435 verschiedene Labels vergeben (COSA 2013: 1). Hinzu kommen noch zahlreiche von staatlichen Institutionen vergebene Labels.

Zudem haben Unternehmen - teilweise in Kooperation mit Nichtregierungsorganisationen und Standards setzenden Organisationen - in verschiedensten Bereichen eigene Labels eingeführt oder Programme entwickelt, die zu einem eigenen Label führen können (zum Beispiel Cotton Made in Africa, Pro Planet, Source Trust etc.).

Um die Wirksamkeit ihrer Standards zu verbessern, haben sich einige Standards setzende Organisationen zur ISEAL-Alliance zusammengeschlossen, einem im Jahr 2002 gegründeten Dachverband von derzeit 21 Standards setzenden Organisationen. Sie erkennen Grundregeln an, die der Verband gemeinsam mit seinen Mitgliedern definiert hat. Der RSPO ist Ende 2012 als assoziiertes Mitglied beigetreten, der Prozess zur vollwertigen Mitgliedschaft beim Dachverband, für die höhere Anforderungen zu erfüllen sind, ist jedoch noch nicht abgeschlossen.

8.1 Unternehmen verlangen mehr Transparenz

Ähnlich wie beim Palmöl ist es auch in anderen Bereichen mittlerweile so, dass für Unternehmen der Einkauf von nach Standards produzierten Produkten häufig ein Instrument der Risikominimierung gegenüber möglichen Skandalen ist. Andere Unternehmen sehen dagegen im Aufbau einer durch Zertifizierungen kontrollierten Wertschöpfungskette die strategische Möglichkeit, nicht nur Risiken zu minimieren, sondern auch Ressourcen effizienter zu nutzen und ihre Beschaffungsketten nachhaltiger und damit sicherer zu gestalten (Steering Committee 2012: 43-46, 56; ISEAL 2011: 11-12).

Trotz des schnellen Wachstums der Menge von Agrarrohstoffen, die zertifiziert angeboten werden, liegen nur sehr wenige Daten über die Auswirkungen der Einführung von Standards vor. Meist wurde davon ausgegangen, dass die Einführung von Standards und deren Umsetzung automatisch zu positiven Ergebnissen führen würde. Berichte über die Wirkung der Zertifizierungen hatten daher häufig einen anekdotischen Charakter, ohne dass systematisch erfasst worden wäre, welche Veränderungen insbesondere im Agrarsektor erreicht wurden.

Dabei ist die Glaubwürdigkeit der zugesagten Verbesserungen durch die Einführung eines Standards ein ganz zentraler Aspekt sowohl für Unternehmen als auch für Konsumenten. Erst in den letzten Jahren hat die Zahl der Studien zugenommen und in Meta-Studien wurde versucht, die gesammelten Erfahrungen zusammenzutragen (Steering Committee 2012; ITC 2011a, 2011b, 2011c; Blackmore et al. 2012).

Zusammenfassend kommen die Studien zu dem Ergebnis, dass die Einführung unternehmenseigener Standards häufig positive Effekte nach sich zieht. Allerdings wird auch festgehalten, dass trotz der Belege für positive Auswirkungen derzeit noch viel zu wenig Wissen vorhanden ist. Daher wird dringend angemahnt, weitere Studien zu verfassen und dabei auf eine konsistente Methodologie zu achten (ITC 2011b: ix-x, 23; Steering Committee 2012; Blackmore et al. 2012: xiv-xvi).

Vor dem Hintergrund der auch in anderen Bereichen ausgebrochenen Debatte ist zu hoffen und zu erwarten, dass Unternehmen, die am Ende der Wertschöpfungskette arbeiten, vermehrt Belege - beispielsweise in Form von unabhängig durchgeführten Studien - vom RSPO darüber einfordern, dass die Produktion nachhaltiger geworden ist.

8.2 Freiwilligkeit versus Gesetz

„Der RSPO-Standard selbst muss gestärkt und umgesetzt werden, doch solange nationale Gesetze und Politiken Unternehmen Land zusprechen, ohne dabei die Rechte der Bevölkerung zu respektieren, wird es schwer sein, die Umsetzung der RSPO-Kriterien durch Unternehmen zu erreichen und weitere Konflikte bleiben unvermeidlich.“ (Colchester und Chao 2013: 398)

Zertifizierungen bringen dann die meisten Fortschritte, wenn sie Hand in Hand mit staatlichen Regulierungen arbeiten: Zertifizierungen erhöhen den Standard und die Regulierung sorgt dafür, dass auch langsamer reagierende Unternehmen höhere Standards einführen müssen. Andererseits können Zertifizierungen auch dazu führen, dass die politisch Verantwortlichen keinen Grund mehr für die Einführung und Umsetzung einer Gesetzgebung sehen, um Mindeststandards durchzusetzen (Steering Committee 2012: 25). Die Mitgliedschaft europäischer Unternehmen beim RSPO dürfte stark vom Motiv der Risikominderung geprägt sein. Bei der derzeitigen Gesetzeslage gibt es in Europa keine Importbeschränkungen auf Palmöl, selbst wenn dieses aus höchst bedenklichen Quellen kommt.

Angesichts der massiven sozialen und ökologischen Missstände in den Plantagen verlangen einige Unternehmen Verbesserungen, wissen aber zugleich, dass die staatlichen Stellen in den Anbauländern, falls überhaupt, nur sehr zögerlich gegen Gesetzesbrüche vorgehen: Vorhandene gesetzliche Vorschriften werden ignoriert oder geschickt umgangen und müssen daher verschärft und konsequenter umgesetzt werden. Die Vorgaben des RSPO beinhalten die Einhaltung nationaler Gesetzgebung, sind jedoch ebenfalls nicht durchsetzungsstark, da sie teilweise zu schwammig formuliert sind und zugleich die Mechanismen fehlen, ihre Anwendung einzufordern. Daher stellt sich die Frage, ob der RSPO alleine durch seine Existenz als „Entschuldigung“ bestehende Strukturen stabilisiert: Die Unternehmen verweisen auf ihren freiwilligen Standard, den sie möglichst bald, möglichst weitgehend erfüllen wollen und leiten daraus ihre Lizenz ab, in teilweise rechtsfreien Räumen zu operieren beziehungsweise neben ihrer vorgeblichen Unterstützung des Standards die rechtsfreien Räume auszunutzen, um ihre Operationen auf Kosten von Mensch und Natur auszubauen.

Kapitel 9

Fazit und Empfehlungen

Der Aufbau nachhaltigerer Strukturen im Palmölanbau steht vor großen Herausforderungen: Viele Kritikerinnen und Kritiker bezweifeln, dass angesichts der Monokulturen auf großen Flächen ökologisch und sozial nachhaltige Strukturen überhaupt möglich sind. Eben dieser große Flächenbedarf führt nahezu zwangsläufig zu den vielen Landkonflikten, die in allen Anbaugebieten zu beobachten sind. Der hohe Bedarf an Arbeitskräften schließlich, die häufig in entlegenen Gebieten arbeiten müssen, ist mit großen Risiken für die Beschäftigten verbunden.

Selbst ein gut funktionierender Standard steht vor diesem Hintergrund vor großen Herausforderungen. Dies gilt auch für den RSPO, zumal dieser in vielen Bereichen nicht ausreichend funktioniert.

Idealerweise kann der Prozess, der zu mehr Nachhaltigkeit führen soll, in vier Stufen eingeteilt werden, die auch als „4 Ds“ bezeichnet werden (nach Sustainability 2011: 12):

- Define - Definition von Standards, die zu mehr Nachhaltigkeit führen
- Deliver - Erreichung einer besseren Nachhaltigkeit durch den Aufbau von Kapazitäten, Fachwissen, Beziehungen, Infrastruktur und Netzwerken
- Demonstrate - Beleg, dass die Ergebnisse tatsächlich nachhaltiger sind
- Demand - Schaffung einer Nachfrage für die nachhaltigen Produkte

Wie tief die Probleme rund um den RSPO gehen zeigt sich, wenn die „4 Ds“ als Maßstab angelegt werden.

Wie in Kapitel 4 dargestellt, ist es fragwürdig, ob der Standard ausreicht, um einer notwendigen Nachhaltigkeit gerecht zu werden. Ferner ist es fragwürdig, ob er so umgesetzt wird, dass er tatsächlich zu mehr Nachhaltigkeit führt. Die Belege darüber, dass tatsächlich Fortschritte erreicht wurden, sind bislang allenfalls in Einzelfällen vorhanden. Es gibt keine flächendeckenden, unabhängigen Untersuchungen über die Nachhaltigkeitswirkungen des RSPO, weder bezüglich der teilnehmenden Unternehmen noch bezüglich der zertifizierten Flächen.

Viele der von der Ausweitung der Plantagen betroffenen Gemeinschaften kennen bis heute weder ihre Rechte noch die Kriterien des RSPO, auf die sie sich in Konfliktfällen berufen können. Sie haben auch keinen oder nur sehr eingeschränkten Zugang zu den Dokumenten, die für die Errichtung einer Plantage von den Unternehmen zusammengetragen werden müssen. All

dies trägt dazu bei, dass sie häufig keine freien und informierten Entscheidungen treffen können, wie es eigentlich nach den Regeln des FPIC zwingend vorgeschrieben ist (Colchester und Chao 2013: 384).

Die meisten Studien über Missstände im Palmölsektor kommen zu dem Ergebnis, dass eine konsequente Umsetzung der Kriterien des RSPO dies beheben könnte. Doch eben diese Umsetzung ist in vielen Fällen unzureichend, da die Überwachung der Einhaltung der Standards große Lücken hat und wirksame Sanktionsmechanismen fehlen.

Das Hauptproblem bleibt in den Anbauländern die Untätigkeit der zuständigen Regierungen. Eine rigorose Umsetzung bereits bestehender Gesetze würde einen großen Teil der Missstände abstellen. Die Ergebnisse der Befragung der verschiedenen Stakeholder deuten in die gleiche Richtung.

Anscheinend sind mehr und mehr Unternehmen mit der derzeitigen Situation unzufrieden. Dafür spricht der Versuch verschiedener Stakeholder, den RSPO effizienter zu machen oder Parallelstrukturen aufzubauen. Letztendlich ist das Forum Nachhaltiges Palmöl ein Versuch, den RSPO von innen heraus zu reformieren. Bei den Debatten über Probleme rund um den Anbau von Palmöl darf darüber hinaus nicht vergessen werden, dass bei allen Unternehmen massive Probleme bestehen können und dass daher insbesondere auch die Produktionsbedingungen der nicht zum RSPO-Prozess gehörenden Unternehmen nicht aus dem Blick verloren werden dürfen.

Die weltweite Nachfragestruktur nach Palmöl wirft weitere Fragen auf. Zum einen bestehen weiterhin große Probleme, nachhaltiger produziertes Palmöl tatsächlich auch mit Siegelung und Aufpreis zu verkaufen. Etwa die Hälfte des zertifizierten Palmöls wird als konventionelles Palmöl verkauft. Zum anderen ist die Nachfrage vor allem in Asien hoch und auch weiter steigend. Damit ist offensichtlich, dass ohne eine Einbeziehung der Abnehmer in Asien in die Debatte um Nachhaltigkeit beim Anbau von Ölpalmen flächendeckende Fortschritte nicht zu erreichen sind. Sonst besteht die Gefahr, dass sich zwei Märkte bilden und Palmöl von neu angelegten Plantagen mit kritischen sozialen und ökologischen Auswirkungen nach Asien verkauft wird. Das grundsätzliche Problem liegt darin, dass die Nachfrage nach Palmöl weiter wachsen wird. Daher wird es auch in Zukunft Konflikte bei der Neueinrichtung von Plantagen geben.

Empfehlungen an den RSPO

Der RSPO hat das Potenzial, zur Lösung vieler Konflikte beizutragen. Dazu müssten allerdings auf mehreren Gebieten Verbesserungen durchgesetzt werden.

Zertifizierung:

- Der Zugang von Kleinproduzenten zur RSPO- und RSPO-RED-Zertifizierung sollte erleichtert werden.

Handelswege:

- Um die Transparenz der Handelswege zu erhöhen, muss schrittweise ein Übergang zu segregierten Handelsströmen durchgesetzt werden, die Massenbilanzierung nur noch in Ausnahmefällen erlaubt sein und das Book & Claim-System nach einer Übergangsfrist beendet werden.

Kriterien:

- Die Kriterien müssen verschärft werden, etwa durch einen Ausschluss des Anbaus auf Torfböden und durch konsistentere Vorgaben zur Einholung des FPIC.
- Die Umsetzung der Kriterien, insbesondere der New Plantings Procedure, muss gewährleistet werden.

Kontrollen:

- Die Mechanismen zur Kontrolle der Einhaltung der Kriterien müssen verbessert werden, etwa durch Mindestanforderungen an Audits und Auditoren.

Beschwerdeverfahren und Sanktionen:

- Das Beschwerdeverfahren muss so reformiert werden, dass es einen einfachen Zugang für die Betroffenen gibt, der diesen bekannt gemacht wird, den sie kostenneutral nutzen können und den sie ohne Unterstützung von außen wahrnehmen können.
- Die Beweispflicht muss umgekehrt werden, damit bei Streitfällen in Zukunft Unternehmen belegen müssen, dass sie sich an Gesetze und Standards gehalten haben.
- Bei Verstößen gegen Kriterien muss es transparente Verfahren und strikte Sanktionsmechanismen geben, bis hin zum Ausschluss von Unternehmen.

Empfehlungen an NROs und kirchliche Akteure

Der Verstoß gegen bestehende Gesetze bei der Anlage und beim Betrieb der Plantagen stellt das Hauptproblem

für die Betroffenen von Missständen beim Anbau von Ölpalmen dar. Ein wichtiger Ansatzpunkt muss daher die direkte Unterstützung der betroffenen Gemeinden sein:

- Betroffene müssen viel stärker als bisher dabei unterstützt werden, ihre Rechte wahrzunehmen und durchzusetzen und hierfür das Beschwerdeverfahren zu nutzen – insbesondere bereits vor Errichtung der Plantagen im Rahmen der New Plantings Procedure.
- Nicht am RSPO beteiligte Firmen müssen ebenfalls über die Veröffentlichung von Missständen stärker als bislang dazu gedrängt werden, nachhaltige Anbaustrukturen aufzubauen.
- Eine Vernetzung der Betroffenen und engagierten NROs in den Anbauregionen muss angeregt werden, damit Betroffene ihre Erfahrungen aus Konfliktfällen miteinander teilen, sich gegenseitig unterstützen und gemeinsam Strategien entwickeln können.
- In Anbetracht der sozialen und ökologischen Auswirkungen des großflächigen Palmölanbaus, muss eine Reduktion des Verbrauches als Möglichkeit, diese Auswirkungen zu begrenzen, eingefordert werden.
- Die Öffentlichkeit muss über die Missstände im Palmölanbau durch Recherchen, Publikationen und Kampagnen aufgeklärt werden. Das öffentliche Interesse kann dazu beitragen, dass Unternehmen und Regierungen die Missstände angehen.

Empfehlungen an Regierungen der Anbauländer

Ein großer Teil der Konflikte mit im RSPO organisierten Unternehmen würde nicht entstehen, wenn die zuständigen Behörden bestehende Gesetze konsequent umsetzen würden:

- Regierungen in den Anbauländern müssen bei ihren Entscheidungen die Interessen und Rechte der Menschen, die das Land nutzen, beachten.
- Um den Schutz der Rechte von Kleinbäuerinnen und -bauern und der lokalen Bevölkerung zu garantieren, müssen die Regierungen die FAO-Leitlinien (siehe Kasten) umsetzen und einen umfassenden rechtlichen Rahmen für den Umgang mit Land schaffen.
- Die nationalen Gesetze müssen durchgesetzt und die ILO-Konventionen (insbesondere die Kernarbeitsnormen und die Konvention über Indigene) – soweit nicht bereits geschehen – ratifiziert und ihre Einhaltung auf den Plantagen und in der Weiterverarbeitung des Palmöls kontrolliert werden.

Freiwillige Leitlinien zur verantwortungsvollen Verwaltung von Boden- und Landnutzungsrechten, Fischgründen und Wäldern

Der Ausschuss für Welternährungssicherung der Vereinten Nationen (CFS) hat Leitlinien zum Thema Landrechte verfasst und im Mai 2012 verabschiedet. Sie definieren einen umfassenden Rahmen für den Umgang mit Land. Zentral sind dabei menschenrechtliche Aspekte, was einen großen Fortschritt darstellt: Ziel der Leitlinien ist insbesondere der Schutz der mehr als 500 Millionen kleinbäuerlichen Familien, die sich weltweit durch Landwirtschaft, Viehzucht, Fischfang und das Sammeln von Waldprodukten ernähren. Regierungen und Staaten werden in den Leitlinien aufgefordert, die Landrechte der Menschen anzuerkennen und zu respektieren. Um dies zu erleichtern, sollen legitime Landrechte zunächst identifiziert und aufgezeichnet werden. Dabei wird ausdrücklich vermerkt, dass es nicht nur um formelle Landrechte gehen darf, sondern auch um informelle Nutzungsrechte.

Die Leitlinien skizzieren, wie Landtransfer-Prozesse unter Achtung des Menschenrechts auf Nahrung sowie der Eigentums- und Nutzungsrechte der lokalen Bevölkerung auszugestaltet sind. So müssen Konsultationen mit der lokalen Bevölkerung sowie Folgenabschätzungen für die Bevölkerung und die Natur durchgeführt werden. Die Staaten sollen auf nationaler Ebene Regelungen über Ausmaß und Umfang großflächiger Landinvestitionen erlassen. Neben den Mindeststandards zu Landinvestitionen enthält das Dokument auch Leitlinien zur Anerkennung und zum Schutz von

Eigentums- und Nutzungsrechten, zur Verbesserung von Verwaltungsstrukturen, zur Durchführung von Agrarreformen sowie zur Korruptionsbekämpfung.

Unternehmen sollen durch einen sorgfältigen Umgang mit den Rechten der Betroffenen Verstöße gegen die Menschenrechte und den Bruch von Landrechten vermeiden. In diesem Zusammenhang wird der Begriff der Sorgfaltspflicht (due diligence) aufgegriffen, den der Menschenrechtsrat der Vereinten Nationen im Jahr 2011 als Leitlinie für Unternehmen und Menschenrechte beschlossen hat: In den „UN Guiding Principles of Business and Human Rights“ werden Unternehmen nachdrücklich aufgefordert, bei allen ihren Geschäftstätigkeiten für die Einhaltung der Menschenrechte zu sorgen.

Die FAO fordert alle Staaten auf, die Leitlinien zu implementieren, deren Umsetzung zu überwachen und die Folgen zu evaluieren. Zudem regt die FAO an, dass die Regierungen Plattformen für die verschiedenen Interessensgruppen auf lokaler, nationaler und regionaler Ebene unterstützen, die die Umsetzung der Leitlinien und die Überprüfung der Fortschritte vorantreiben sollen. Weiterhin wird vorgeschlagen, dass Institutionen der internationalen Entwicklungszusammenarbeit und der Vereinten Nationen Regierungen bei der Implementierung der Leitlinien unterstützen und eine stärkere Süd-Süd-Kooperation zum Umgang mit Landrechten fördern (FAO 2012).

Empfehlungen an die Bundesregierung

Die Bundesregierung muss auf nationaler wie internationaler Ebene aktiv werden, um die Rechte der vom Anbau von Ölpalmen betroffenen Menschen zu stärken:

- Die Bundesregierung muss auf internationaler Ebene rechtsverbindliche soziale und ökologische Standards einfordern, an die sich international operierende Unternehmen in ihrer gesamten Wertschöpfungskette zu halten haben. Standards wie beispielsweise die „Leitsätze für multinationale Unternehmen“ der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD - ein Zusammenschluss von derzeit 34 Industrie- und Schwellenländern) und die „United

Nation Guiding Principles“ müssen so verschärft werden, dass Verstöße Sanktionen gegen die betroffenen Unternehmen nach sich ziehen.

- Die Vorlage umfassender Berichte über soziale, menschenrechtliche und ökologische Bedingungen in der Lieferkette muss für Unternehmen eine Voraussetzung für die Zulassung an der Börse werden.
- Ähnlich wie ab Ende 2014 bei Lebensmitteln, sollte auch für alle anderen Produkte, die Palmöl enthalten (Kosmetik, Waschmittel, Kerzen, Treibstoffe etc.), eine verständliche Kennzeichnung der Inhaltsstoffe gesetzlich vorgeschrieben werden.
- Der Menschenrechtsrat der Vereinten Nationen begann 2012 mit dem Entwurf einer Konvention zum

Schutz der Rechte von Kleinbäuerinnen und -bauern, die in Zukunft ähnlich der Konventionen zum Schutz der Kinder oder der indigenen Gruppen umgesetzt werden soll. Die Bundesregierung sollte diesen Prozess der Erarbeitung aktiv unterstützen.

Empfehlungen an die EU

Die zunehmende Verwendung von Palmöl zur Herstellung von Biokraftstoffen im Rahmen der EU-RED-Regelung lässt die Importe nach Europa steigen:

- Aufgrund der unklaren Klimawirkung, der immensen sozialen und ökologischen Probleme in den Anbaubereichen sowie der Konkurrenzsituation zur Verwendung als Nahrungsmittel, sollte die Nutzung von Palmöl als Treibstoff bis zu Klärung aller offenen Fragen ausgesetzt werden.

Empfehlungen an Palmöl verarbeitende Unternehmen

Eine Vielzahl von Unternehmen in Deutschland verarbeitet oder nutzt Produkte, die aus Palmöl gewonnen wurden:

- Unternehmen müssen vom RSPO fordern, dass die Überwachung der Kriterien verbessert wird und der Druck auf die Produzenten zur Behebung von Missständen über klare Fristsetzungen und Ausschlussmechanismen aus dem RSPO erhöht wird.
- Die Unternehmen müssen ihre Beschaffungsketten so gestalten, dass sie die Herkunft des von ihnen verarbeiteten Palmöls kennen. Dabei sollten sie über den gezielten Kauf von segregiertem Palmöl positive Ansätze innerhalb des RSPO oder anderer Standards stärken.
- Auf die Verwendung von Palmöl, das durch Book & Claim zertifiziert wurde, muss verzichtet werden.

Empfehlungen an den Einzelhandel

Der Einzelhandel lässt zunehmend Eigenmarken produzieren, die Palmöl enthalten und kann darüber hinaus Druck auf die Markenhersteller ausüben:

- Der Einzelhandel sollte Auflagen für seine Lieferanten erlassen und Nachweise über die Einhaltung von Sozial- und Umweltstandards fordern.
- Der Einzelhandel sollte in Gesprächen mit Markenherstellern die Verwendung von zertifiziertem, segregiertem Palmöl zur Bedingung für eine Listung machen.

Empfehlungen an Banken und Investoren

Der Aufbau von Palmölplantagen und Weiterverarbeitungsstätten erfordert erhebliche Investitionen, die teilweise über die Ausgabe von Aktien, Anleihen und Krediten finanziert werden:

- Wer Geld in die Palmöl verarbeitenden Unternehmen investiert und diesen Kredite zur Verfügung stellt, muss nachprüfbare Auskünfte über die soziale, menschenrechtliche und ökologische Situation in den Plantagen und Verarbeitungsbetrieben zur Voraussetzung für den Abschluss von Geschäften machen.

Empfehlungen an Bürgerinnen und Bürger

Kundinnen und Kunden, die aus Palmöl hergestellte Produkte erwerben, haben Einfluss auf die Hersteller wie auch auf den Gesetzgeber:

- Ein erster Schritt kann die Nachfrage beim Einzelhandel sein, woher das Palmöl kommt und unter welchen Bedingungen Anbau, Ernte und Verarbeitung stattfanden.
- Die Bürgerinnen und Bürger müssen von der Bundesregierung fordern, die gesetzlichen Rahmenbedingungen so zu verändern, dass Unternehmen über ihre Lieferkette Auskunft geben und verantwortlich handeln müssen.
- Bürgerinnen und Bürger sollten bei der privaten Geldanlage darauf achten, dass ihr Geld nicht in Firmen investiert wird, die Palmöl anbauen und keine wirkungsvolle Nachhaltigkeitsstrategie haben.
- Gruppen und Initiativen, die zum Thema Palmöl arbeiten, können bei ihren Kampagnen unterstützt werden.
- Bürgerinnen und Bürger können in ihrem persönlichen Konsumverhalten den Verbrauch von palmölkhaltigen Produkten reduzieren oder palmölfreie Alternativen verwenden.

Kapitel 10

Zusammenfassung

Die Produktion von Palmöl ist in den vergangenen 30 Jahren um das Zehnfache angestiegen. Die zunehmende Nachfrage erklärt sich aus den vielseitigen Verwendungsmöglichkeiten des Rohstoffs, wobei Palmöl überwiegend der menschlichen Ernährung dient. Darüber hinaus wird es als Rohstoff in der Chemieindustrie, als Treibstoff und als billiger Energieträger eingesetzt.

Der weltweit steigende Verbrauch führt zu einer kontinuierlichen Ausdehnung der Anbauflächen in Malaysia, Indonesien und Papua-Neuguinea, aber auch in Ländern Afrikas sowie Zentral- und Südamerikas. In vielen Fällen wirkt sich die Expansion negativ auf Mensch und Umwelt aus und führt zu enormen Problemen. So belegen zahlreiche Berichte und Studien, dass für den Palmölanbau nach wie vor riesige Regenwaldflächen abgeholzt werden und die Bevölkerung gewaltsam vertrieben wird oder nur eine unzureichende Entschädigung erhält. Zudem entsprechen die Arbeitsverhältnisse auf den Plantagen zum Großteil weder internationalen Standards noch der lokalen Gesetzgebung.

Als Reaktion auf die sozialen und ökologischen Probleme wurde im Jahr 2004 der Roundtable on Sustainable Palm Oil (RSPO) gegründet. Die Initiative von Industrie und Zivilgesellschaft hat das Ziel, die Produktion und die Weiterverarbeitung von nachhaltigem Palmöl zu fördern. Zu diesem Zweck wurden Kriterien entwickelt, die von allen Mitgliedsunternehmen umgesetzt werden sollen.

Eine Vielzahl von Studien belegt jedoch, dass selbst zertifizierte Unternehmen die Kriterien des RSPO nur unzureichend oder gar nicht einhalten. Grund dafür ist, dass die Überwachung große Lücken aufweist und wirksame Sanktionsmechanismen fehlen.

Fünfzehn Prozent des weltweit erzeugten Palmöls wird auf RSPO-zertifizierten Flächen produziert. Doch bisher kann diese Menge nicht komplett mit Siegelung und Aufpreis verkauft werden. Bis dato wird etwa die Hälfte auf dem Markt als konventionelles Palmöl abgesetzt. Mit der Gründung des Forums Nachhaltiges Palmöl im September 2013 in Deutschland wollen Unternehmen der Ernährungsindustrie die Abnahme von nachhaltigem Palmöl fördern. Sie wollen auch darauf hinwirken, dass der Handelsweg des Book & Claim-Systems, bei dem die Zertifikate unabhängig von der Ware selbst gehandelt werden, umgestellt wird auf einen segregierten Handelsweg.

Dieses Interesse der Wirtschaft und die Ende 2014 in Kraft tretende EU-Verordnung, dass Palmöl in weiterverarbeiteten Nahrungsmitteln entsprechend gekennzeichnet werden muss, werfen die Frage auf, wie diese von der

Industrie freiwillig ins Leben gerufene Initiative zu bewerten ist. Können innerhalb des RSPO Verbesserungen durchgesetzt werden oder ist es erfolgreicher, mit staatlichen Instrumenten Menschenrechtsverletzungen und dem Bruch von Umweltgesetzen entgegenzuwirken?

Unabhängige Untersuchungsergebnisse, ob über die RSPO-Zertifizierung tatsächlich Fortschritte erreicht wurden, liegen bislang lediglich für einzelne Plantagen vor. Um eine Basis für diese Diskussion zu schaffen, wurden in der vorliegenden Studie Funktionsweise und Wirkungen sowie Schwächen des RSPO dargelegt und insgesamt 16 am Prozess Beteiligte um eine Einschätzung der Entwicklungen auf dem Palmölmarkt gebeten. Diese befragten Personen sind sich bei der Benennung der Schwächen des RSPO weitgehend einig: Der RSPO hat viele der versprochenen Leistungen nicht erbracht. Zugleich wird offensichtlich, dass die Missstände alleine durch eine freiwillige Einführung von Standards nicht zu beheben sind, sondern dass die Regierungen der Produktionsländer bestehende Gesetze umsetzen und Unternehmen Schranken aufzeigen müssten.

Der RSPO-Beschwerdemechanismus ist für die betroffenen Gemeinschaften nur von eingeschränktem Wert. Ein Großteil der von der Ausweitung der Plantagen betroffenen Bevölkerung kennt weder ihre Rechte noch die Kriterien des RSPO, auf die sie sich in Konfliktfällen berufen können. Sie haben oft keinen oder nur sehr eingeschränkten Zugang zu den Dokumenten, die für die Errichtung einer Plantage von den Unternehmen zusammengetragen werden. All dies trägt dazu bei, dass sie keine freie und informierte Entscheidung darüber treffen können, ob sie auf ihrem Land den Anbau von Palmöl zulassen beziehungsweise zulassen müssen.

Unbeschadet der aufgezählten Schwächen stellt der RSPO bislang das einzige einschlägige Instrument dar, das überhaupt qualitative Standards zur Bewertung des Palmölanbaus enthält. Die vorliegende Studie geht darauf ein und zeigt gleichzeitig Wege auf, um aus dem RSPO eine wirkungsvolle Einrichtung zu machen. Ohne Zweifel sind umfangreiche Veränderungen notwendig.

Die Probleme des Palmölanbaus gehen aber deutlich über die Lösungskapazitäten des RSPO hinaus. Daher schließt die Studie mit Empfehlungen an die Regierungen der Anbauländer, die Bundesregierung Deutschland und die Europäische Union. Auch kirchliche Akteure und Nichtregierungsorganisationen können einen Beitrag leisten, indem sie die betroffenen Gemeinschaften bei der Durchsetzung ihrer Rechte unterstützen.

Literaturverzeichnis

- Agentur für Erneuerbare Energie e. V. (2010): Der volle Durchblick in Sachen Energiepflanzen. http://www.unendlich-viel-energie.de/uploads/media/AEE_Durchblick_Energiepflanzen_Mai12.pdf (Zugriff am 13.11.2013)
- Asser Institute (2012): Commission brands RSPO certified palm oil biofuels “sustainable”? http://www.asser.nl/Default.aspx?site_id=7&level1=12221&level2=12261&level3=12465&textid=40551 (Zugriff am 27.10.2013)
- Blackmore et al. (2012): Pro-poor certification: assessing the benefits of sustainability certification for small-scale farmers in Asia. In: Natural Resource Issues No. 25, IIED, London. <http://www.european-fair-trade-association.org/efta/Doc/Propoorcert-IIED.pdf> (Zugriff am 14.11.2013)
- Bloomberg (03.09.2013): Biodiesel Output Seen by Oil World Rising to 24.7 Million Tons. <http://www.bloomberg.com/news/2013-09-03/biodiesel-output-seen-by-oil-world-rising-to-24-7-million-tons.html> (Zugriff am 20.02.2014)
- Bringezu, Stefan et al. (2009): Towards sustainable production and use of resources: Assessing Biofuels, UNEP. http://www.unep.org/pdf/biofuels/Assessing_Biofuels_Full_Report.pdf (Zugriff am 04.02.2014)
- Chao, Sophie (2013): The Roundtable on Sustainable Palm Oil (RSPO) and complaint resolution. <http://www.forestpeoples.org/topics/palm-oil-rspo/publication/2013/roundtable-sustainable-palm-oil-rspo-and-complaint-resolution> (Zugriff am 13.12.2013)
- CIFOR (Center for International Forestry Research) (Hrsg.) (2009): The impacts and opportunities of oil palm in Southeast Asia. http://www.cifor.org/publications/pdf_files/OccPapers/OP-51.pdf (Zugriff am 13.11.2013)
- Colchester, Marcus und Chao, Sophie (2013): Conflict or Consent? The oil palm sector at crossroads. <http://www.forestpeoples.org/sites/fpp/files/publication/2013/11/conflict-or-consentenglishlowres.pdf> (Zugriff am 08.12.2013)
- COSA (Committee On Sustainability Assessment) (2013): The COSA Measuring Sustainability Report: Coffee and Cocoa in 12 Countries, Philadelphia. <http://thecosa.org/wp-content/uploads/2014/01/The-COSA-Measuring-Sustainability-Report.pdf> (Zugriff am 20.02.2014)
- Deutsche Welle (11.01.2014): Palmöl soll nachhaltig werden. <http://www.dw.de/palmöl-soll-nachhaltig-werden/a-17353825> (Zugriff am 12.01.2014)
- DTE (Down to Earth) (2013): Why not Wilmar? <http://www.downtoearth-indonesia.org/story/why-not-wilmar> (Zugriff am 10.02.2014)
- EIA (Environmental Investigation Agency) (21.06.2013): Illegal Fires put sustainable palm oil in the hot spot. <http://www.eia-international.org/sustainable-palm-oil-in-the-hot-spot> (Zugriff am 7.11.2013)
- EMPA (2012): Harmonisation and extension of the bioenergy inventories and assessment. http://www.empa.ch/plugin/template/empa/*125527 (Zugriff am 27.10.2013)
- EU (2009): Richtlinie 2009/28/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. April 2009 zur Förderung der Nutzung von Energie aus erneuerbaren Quellen und zur Änderung und anschließenden Aufhebung der Richtlinien 2001/77/EG und 2003/30/EG. <http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:L:2009:140:0016:0062:DE:PDF> (Zugriff am 15.10.2013)
- EU (2012a): Durchführungsbeschluss der Kommission vom 23. November 2012 über die Anerkennung des Systems „Roundtable on Sustainable Palm Oil RED“ zum Nachweis der Einhaltung der Nachhaltigkeitskriterien der Richtlinien 98/70/EG und 2009/28/EG des Europäischen Parlaments und des Rates (2012/722/EU). <http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:L:2012:326:0053:0054:DE:PDF> (Zugriff am 15.10.2013)
- EU (2012b): Commission Staff Working Document – Impact Assessment – Accompanying the document “Proposal for a Directive of the European Parliament and of the Council amending Directive 98/70/EC relating to the quality of petrol and diesel fuels and amending Directive 2009/28/EC on the promotion of the use of energy from renewable sources”. http://ec.europa.eu/energy/renewables/biofuels/doc/biofuels/swd_2012_0343_ia_en.pdf (Zugriff am 27.10.13)
- FAO (2012): Voluntary Guidelines on the Responsible Governance of Tenure of Land, Fisheries and Forests in the Context of National Food Security, 11 May 2012. <http://www.fao.org/docrep/016/i2801e/i2801e.pdf> (Zugriff am 13.03.2014)
- Ferenschild, Sabine (2013): Von weißem Gold und goldenem Öl. Flächennutzungskonflikte und Migration an den Beispielen Baumwolle und Palmöl. http://www.suedwind-institut.de/fileadmin/fuerSuedwind/Publikationen/2013/2013-03_Von_weissem_Gold_und_goldenem_Oel.pdf (Zugriff am 15.10.2013)
- FNR (Fachagentur Nachwachsende Rohstoffe e. V.) (2013a): Palmölnutzung weltweit 2011 (Palmöl und Palmkernöl). <http://mediathek.fnr.de/grafiken/daten-und-fakten/bioenergie/biokraftstoffe/palmolnutzung-weltweit-2010-palmol-und-palmkernol.html> (Zugriff am 07.01.2014)
- FNR (2013b): Basisdaten Bioenergie Deutschland. August 2013. <http://mediathek.fnr.de/broschuren/bioenergie/basisdaten-bioenergie.html> (Zugriff am 07.01.2014)
- Friends of the Earth (FoE) (2013): Commodity Crimes: Illicit land grabs, illegal palm oil, and endangered orang utans. <http://www.foeeurope.org/commodity-crimes-211113> (Zugriff am 3.12.2013)
- GEPA (2013): Palmöl bio & fair in GEPA-Produkten. <http://www.gepa-wug.de/wug/download/Serendipalm%20-%20Palmoel%20GEPA%202013.pdf> (Zugriff am 15.10.2013)
- Greenpeace International (2010): Protection Money. <http://www.greenpeace.org/seasia/PageFiles/209584/Protection-Money.pdf> (Zugriff am 13.11.2013)
- Greenpeace International (2012): Palm Oil Scorecard. <http://www.greenpeace.org/international/Global/international/publications/forests/2012/Indonesia/PalmOilScorecard.pdf> (Zugriff am 08.12.2013)
- Greenpeace International (2013a): Certifying Destruction. Why consumer companies need to go beyond the RSPO to stop forest destruction. <http://www.greenpeace.org/international/Global/international/publications/forests/2013/Indonesia/RSPO-Certifying-Destruction.pdf> (Zugriff am 08.12.2013)

Greenpeace International (2013b): A dirty business. <http://www.greenpeace.org/international/Global/international/publications/forests/2013/Dirty-Business.pdf> (Zugriff am 08.12.2013)

Greenpeace International (13.05.2013): Result: forest destroyer Duta Palma kicked out of sustainable palm oil group. <http://www.greenpeace.org.uk/blog/forests/result-rspo-gives-forest-destroyer-duta-palma-boot-20130513> (Zugriff am 08.12.2013)

Greenpeace International (24.06.2013): Indonesien: Brände in Ölpalmenanbaugebieten. http://www.greenpeace.de/themen/waelder/nachrichten/artikel/indonesien_braende_in_oelpalmenanbaugebieten/ (Zugriff am 7.11.2013)

Greenpeace Switzerland (2011): Critical Issues in the RSPO P&C review. <http://www.greenpeace.org/switzerland/Global/switzerland/publications/Greenpeace/2011/Wald/Greenpeace%20input%20for%20RSPO%20PC%20review.pdf> (Zugriff am 08.12.2013)

Grethe, Harald et al. (2013): Biofuels: Effects on Global Agricultural Prices and Climate Change. http://www.boell.de/sites/default/files/biofuels_disk_papier2.pdf (Zugriff am 04.02.2014)

Henkel (2013): Henkel und Solidaridad fördern Kleinbauern-Programm zur Unterstützung einer nachhaltigen Palmölwirtschaft, Pressemeldung vom 17.09.2013. http://www.henkel.de/presse/presseinformationen-2013_20130917-henkel-und-solidaridad-foerdern-kleinbauern-programm-49700.htm (Zugriff am 13.11.2013)

Hütz-Adams, Friedel (2012): Palmöl: vom Nahrungsmittel zum Treibstoff? Entwicklungen und Prognosen für ein umstrittenes Plantagenprodukt. http://www.suedwind-institut.de/fileadmin/fuerSuedwind/Publikationen/2011/2011-2_Palmoel_Langfassung.pdf (Zugriff am 13.11.2013)

Husain, Norihan (Malaysian Palm Oil Board) (2010): Mail an den Verfasser vom 15.9.2010.

IFPRI (International Food Policy Research Institute) (2011): Assessing the Land Use Change Consequences of European Biofuel Policies. Final Report. http://trade.ec.europa.eu/doclib/docs/2011/october/tradoc_148289.pdf (Zugriff am 27.10.13)

IISD (International Institute for Sustainable Development) (2013): The EU Biofuel Policy and Palm Oil: Cutting subsidies or cutting rainforest? http://www.iisd.org/gsi/sites/default/files/bf_eupalmoil.pdf (Zugriff am 08.12.2013)

ILRF (International Labor Rights Forum) (2013): Empty Assurances. http://www.laborrights.org/sites/default/files/publications-and-resources/Empty_Assurances.pdf (Zugriff am 08.12.2013)

ISEAL (2011): The ISEAL 100 - A Survey of Thought Leader Views on Sustainability Standards 2010. http://www.seasofchange.net/wp-content/uploads/downloads/2011/12/2.-ISEAL_100_Survey.pdf (Zugriff am 14.11.2013)

ITC (International Trade Center) (2011a): The Impacts of Private Standards on Global Value Chains. Literature Review Series on the Impact of Private Standards - Part I. <http://www.intracen.org/the-impacts-of-private-standards-on-global-value-chains-literature-review-series-on-the-impacts-of-private-standards/> (Zugriff am 14.11.2013)

ITC (2011b): The Impacts of Private Standards on Producers in Developing Countries. Literature Review Series on the Impact of Private Standards - Part II. http://papers.ssrn.com/sol3/papers.cfm?abstract_id=2184273 (Zugriff am 14.11.2013)

ITC (2011c): The Interplay of Public and Private Standards. Literature Review Series on the Impact of Private Standards - Part III. http://www.standardsmap.org/uploadedFiles/Common/Content/standards_Map/publications/Interplay%20of%20Public%20and%20Private%20Standards%20reprint%202012%20for%20web.pdf (Zugriff am 14.11.2013)

Klimaretter.info (2012): EU bastelt an „nachhaltigem“ Palmöl. <http://www.klimaretter.info/wirtschaft/nachricht/12582-eu-bastelt-an-nachhaltigem-palmoel> (Zugriff am 27.10.2013)

Mongabay (13.05.2013): Palm oil company violated RSPO standards, evicted from sustainability body. <http://news.mongabay.com/2013/0513-duta-palma-rspo.html> (Zugriff am 20.02.2014)

Mongabay (14.12.2013): Indonesian palm oil company demolishes homes and evicts villagers in week-long raid. <http://news.mongabay.com/2013/1214-dparker-asiatic-persada-palm-oil-conflict.html> (Zugriff am 18.12.2013)

Öko-Institut (Hrsg.) (2010): The "iLUC Factor" as a Means to Hedge Risks of GHG Emissions from Indirect Land Use Change. <http://www.oeko.de/oekodoc/1030/2010-082-en.pdf> (Zugriff am 13.11.2013)

RSPO (2008): Factsheet Supply Chain Options: Identity Preserved. http://www.rspo.org/file/fact_sheet_-_identity_preserved_240908%5B1%5D.pdf (Zugriff am 04.02.2014)

RSPO (2010): RSPO-Verfahren für neue Ölpalmen-Anpflanzungen. Leitlinien. http://www.rspo.org/files/resource_centre/keydoc/6%20oger_RSPO%20Procedures%20For%20New%20Oil%20Palm%20Plantings.pdf (Zugriff am 20.02.2014)

RSPO (2011a): RSPO-Lieferkettenzertifizierungs-Systeme. http://www.rspo.org/files/resource_centre/keydoc/7%20oger_RSPO%20Supply%20Chain.pdf (Zugriff am 16.12.2013)

RSPO (2011b): RSPO-Regeln für Marktkommunikationen & Ansprüche. http://www.rspo.org/files/resource_centre/keydoc/5%20oger_RSPO%20Rules%20on%20Market%20Communications%20&%20Claims.pdf (Zugriff am 20.02.2014)

RSPO (2012a): RSPO-RED Requirements for compliance with the EU Renewable Energy Directive requirements. <http://www.rspo.org/file/RSPO-RED-requirements-Final-for-Submission-Feb12.pdf> (Zugriff am 15.10.2013)

RSPO (2012b): Roundtable on Sustainable Palm Oil (RSPO) - Den Markt verändern, damit nachhaltiges Palmöl zur Norm wird. <http://www.rspo.org/file/IG1%20-%20German.pdf> (Zugriff am 22.01.2014)

RSPO (2012c): Code of Conduct for Members of The Roundtable on Sustainable Palm Oil. http://www.rspo.org/files/resource_centre/keydoc/3%20oen_Code%20of%20conduct%20for%20members%20of%20the%20RSPO.pdf (Zugriff am 20.02.2014)

RSPO (2012d): Statutes. www.rspo.org/file/downloads/RSPO_Statutes.pdf (Zugriff am 20.02.2014)

RSPO (2012e): High Level-Flussdiagramm zu den RSPO-Neuanpflanzungsverfahren. http://www.rspo.org/files/resource_centre/keydoc/13%20oger_High%20Level%20Flow%20Chart%20of%20the%20RSPO%20Procedure.pdf (Zugriff am 20.02.2014)

RSPO (2012f): Detaillierter Prozess und Handlungsschritte für neue RSPO-Bepflanzungsverfahren. http://www.rspo.org/files/resource_centre/keydoc/9%20oger_Detailed%20Process%20and%20Action%20Steps%20for%20RSPO%20New%20Plantings%20Procedure.pdf (Zugriff am 20.02.2014)

RSPO (2013a): RSPO Principles and Criteria for the Production of Sustainable Palm Oil (2013) - including Major and Minor Indicators endorsed by RSPO Board of Governors on 15 November 2013. http://www.rspo.org/file/RSPO_P&C2013_with%20Major%20Indicators_Endorsed%20by%20BOG_FINAL_A4.pdf (Zugriff am 20.02.2014)

RSPO (2013b): Market Data, as at 3rd August. http://www.rspo.org/file/CSPO-Uptake-and-Production-AUGUST_FINAL-11-9.pdf (Zugriff am 28.01.2014)

RSPO (2013c): Trademark for sustainable palm oil now adopted in more than 20 countries around the globe. http://www.rspo.org/news_details.php?nid=162 (Zugriff am 21.02.2014)

RSPO (2013d): Final resolution on the Complaint pertaining to PT Dutapalma Nusantara, (09.05.2013). http://www.rspo.org/file/Letter_to_Dutapalma_NusantaraTermination_9May2013CPRKFinal.pdp (Zugriff am 08.12.2013)

RSPO (ohne Datum): RSPO By-laws. http://www.rspo.org/files/resource_centre/RSPO_By-laws.pdf (Zugriff 20.02.2014)

Steering Committee (Steering Committee of the State-of-Knowledge Assessment of Standards and Certification) (2012): Toward Sustainability. The Roles and Limitations of Certification. <http://www.resolv.org/site-assessment/files/2012/06/Report-Only.pdf> (Zugriff am 14.11.2013)

Sustainability (2011): Signed, Sealed ... Delivered? Behind Certifications and Beyond Labels. http://www.sustainability.com/library/signed-sealed-delivered-1#.UW_MX-zddGo http://www.earth-check.org/media/41901/signed_sealed_delivered_full_report.pdf_1_.pdf (Zugriff am 14.11.2013)

Teoh, Cheng Hai (2010): Key Sustainability Issues in the Palm Oil Sector. A Discussion Paper for Multi-Stakeholder Consultations. http://siteresources.worldbank.org/INTINDONESIA/Resources/226271-1170911056314/Discussion.Paper_palmoil.pdf (Zugriff am 13.11.2013)

The Guardian (06.11.2013): Major palm oil companies accused of breaking ethical promises. <http://www.theguardian.com/environment/2013/nov/06/palm-oil-companies-ethical-report> (Zugriff am 21.02.2014)

Toepfer International (2009): STATISTICAL INFORMATION About the Grain and Feedstuff Market.

UNEP (United Nations Environment Programme) (2009): Towards sustainable production and use of resources: Assessing Biofuels. http://www.unep.org/PDF/Assessing_Biofuels.pdf (Zugriff am 13.11.2013)

USDA (United States Department of Agriculture) (2009): Indonesia: Palm Oil Productions Growth to continue. <http://www.pecad.fas.usda.gov/highlights/2009/03/Indonesia/> (Zugriff am 13.11.2013)

USDA (2010a): Oilseeds: World Markets and Trade, Circular Series FOP 6-10, June 2010. <http://www.usdao1.library.cornell.edu/usda/fas/oilseed-trade//2010s/2010/oilseed-trade-06-10-2010.pdf> (Zugriff am 20.02.2014)

USDA (2010b): Oilseeds: World Markets and Trade, Circular Series FOP 11 - 10, November 2010. <http://www.usdao1.library.cornell.edu/usda/fas/oilseed-trade//2010s/2010/oilseed-trade-11-09-2010.pdf> (Zugriff am 20.02.2014)

USDA (2013): Oilseeds: World Markets and Trade, Circular Series FOP 07- 13, July 2013 <http://www.usdao1.library.cornell.edu/usda/fas/oilseed-trade//2010s/2013/oilseed-trade-07-11-2013.pdf> (Zugriff am 20.02.2014)

USDA (2014): Oilseeds: World Markets and Trade, Circular Series FOP 01- 14, January 2014. <http://usdao1.library.cornell.edu/usda/fas/oilseed-trade//2010s/2014/oilseed-trade-01-10-2014.pdf> (Zugriff am 20.02.2014)

Wilmar International (2013): No Deforestation, No Peat, No Exploitation Policy. <http://www.wilmar-international.com/wp-content/uploads/2012/11/No-Deforestation-No-Peat-No-Exploitation-Policy.pdf> (Zugriff am 20.02.2014)

WWF (World Wildlife Fund) (10.01.2012): The RSPO New Planting Procedure: ensuring responsible expansion by palm oil producers. <http://wwf.panda.org/?203743/The-RSPO-New-Planting-Procedure-Ensuring-Responsible-Expansion-by-Palm-Oil-Producers> (Zugriff am 20.02.2014)

WWF (21.06.2013): Duta Palma evicted from RSPO. <http://wwf.panda.org/?209146/Duta-Palma-evicted-from-RSPO> (Zugriff am 20.02.2014)

**Brot für die Welt -
Evangelischer
Entwicklungsdienst**

Caroline-Michaelis-Straße 1
10115 Berlin

Tel +49 30 65211 0
Fax +49 30 65211 3333
Mail info@brot-fuer-die-welt.de
www.brot-fuer-die-welt.de

Vereinte Evangelische Mission

Rudolfstraße 137
42285 Wuppertal

Tel +49 202 890040
Mail jpic@vemission.org
www.vemission.org